



Bücherei

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 6

Juni 1964

Blick auf morgen: Eheschließung und Wohnungsbedarf

Grafik des Monats: Einpendler in ihren Arbeitsorten

Aufsätze:

Vom Schulanfänger zum Akademiker

Bevölkerung nach der Religion 1961

Krankenanstalten 1962

Nutzviehhaltung (II)

Industrie 1963

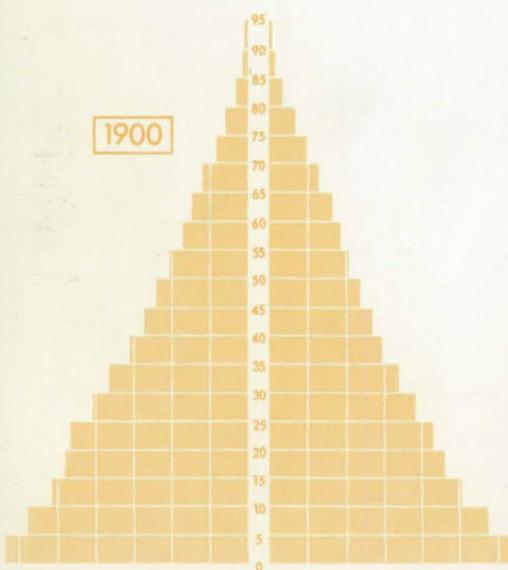
Steueraufkommen 1963

Kurzberichte:

Fremdsprachenunterricht

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

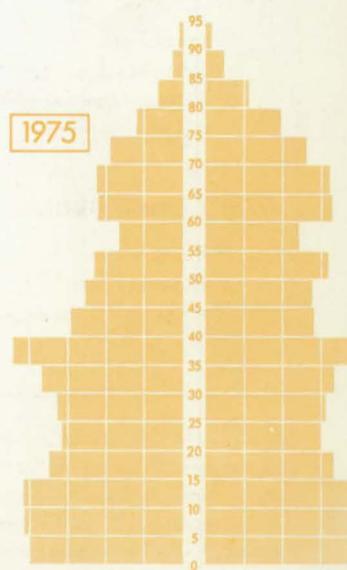
1900



1962



1975



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1962/63	1963/64	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt November bis März ¹		
INDUSTRIE				
Produktionsindex ²	1950 = 100	286	303	+ 6
Beschäftigte ³	1 000	174	171	- 2
Umsatz ^{3 4}	Mill. DM	622	654	+ 5
Geleistete Arbeiterstunden ^{3 5}	Mill. Std.	23	23	- 2
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁶	Mill. Std.	6,0	p 7,7	+ 28
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁷	Anzahl	1 900	1 932	+ 2
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	95,9	107,5	+ 12
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	60,6	73,7	+ 22
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 375	4 672	+ 7
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950 = 100	95,3	97,0	+ 2
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950 = 100	100,4	103,5	+ 3
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950 = 100	103,5	104,3	+ 1
landwirtschaftlicher Produkte ⁸	1950/51 = 100	106,5	109,5	+ 3
Lebenshaltungsindex ⁹				
insgesamt	1958 = 100	110,9	113,7	+ 3
Ernährung	1958 = 100	111,0	112,9	+ 2
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ¹⁰	Mill. DM	1 621	1 752	+ 8
mittel- und langfristigen Krediten ¹¹	Mill. DM	4 058	4 714	+ 16
Spareinlagen ¹²	Mill. DM	2 012	2 353	+ 17
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹³	Mill. DM	44	46	+ 4
Landessteuern ¹⁴	Mill. DM	70	77	+ 10
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	42	48	+ 14
Lohnsteuer	Mill. DM	32	36	+ 11

1) bei "Geld und Kredit": Oktober bis Februar 2) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 3) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten 4) einschl. Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Lehrlingsstunden 6) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 7) in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden (Neubau und Wiederaufbau, ab 1963 einschl. Umbau ganzer Gebäude) 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 9) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit einem Verdiener; Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 10) an die Nichtbankenkundschaft 11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatzausgleichsteuer 14) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern



STATISTISCHE MONATSHEFTE

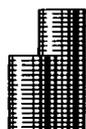
SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 6

Juni 1964

Aktuelle Auslese

6 000 WOHNBEIHILFEN



Vom 1. November 1963, als das Bundesgesetz über Wohnbeihilfen in Kraft trat, bis zum 31. März 1964 sind dem Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein 5 987 Fälle von Wohnbeihilfen von den Stellen, die sie bewilligen, gemeldet worden. In diesem Zeitraum mußten 1 114 Anträge abgelehnt werden, da die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Wohnbeihilfe nicht gegeben waren. – Wegen Änderung der Einkommens-, Miet- oder Familienverhältnisse sind von den rund 6 000 bewilligten Beihilfen in den genannten fünf Monaten 372 erhöht, 198 herabgesetzt und 24 entzogen worden.

DIE PRODUKTION VON BAUMASCHINEN



Im Jahre 1963 wurden in Schleswig-Holstein 13 100 t Baumaschinen hergestellt, fast dreimal so viel wie 1958. Der Wert dieser Maschinen belief sich 1958 auf 24 Mill. DM und 1963 auf 113 Mill. DM. Schleswig-Holstein hatte an der im Bundesgebiet produzierten Menge Baumaschinen 1963 einen Anteil von knapp 4 %.

FERNSEHEN UND RADIO

Ende 1963 gab es in Schleswig-Holstein 388 200 Fernsehgenehmigungen; gegenüber dem 31. 12. 1962 nahm ihre Zahl um 20 % zu. Das bedeutet, daß Ende Dezember 1963 auf 1 000 Einwohner durchschnittlich 163 und auf 100 Haushaltungen 47 Fernsehgenehmigungen kamen. – Die Zahl der Rundfunkgenehmigungen erhöhte sich im gleichen Zeitraum nur um 3 %; sie betrug Ende Dezember 1963 735 200. Von 1 000 Einwohnern hatten im Durchschnitt 309 und von 100 Haushaltungen 89 eine Rundfunkgenehmigung.

FERNSPRECHHAUPTANSCHLÜSSE

Die Zahl der Fernsprechstellen erhöhte sich in Schleswig-Holstein von 1962 auf 1963 um 11 %. Ende Dezember 1963 gab es 167 200 Fernsprechstellen. Auf 1 000 Einwohner kamen Ende 1962 durchschnittlich 64, ein Jahr später 70 Fernsprechstellen.

FAST 130 000 BETTEN FÜR GÄSTE



In den 140 zur Fremdenverkehrsstatistik berichtenden Gemeinden wurden am 1. April 1964 129 400 Betten gezählt, das sind 5 % mehr als vor einem Jahr. In Beherbergungsbetrieben standen 59 900 Betten bereit, in Privatquartieren 69 500. – Außerdem gab es 1964 noch 46 Jugendherbergen mit 6 300 Betten, 133 Kinderheime mit 11 400 Betten und 117 Zeltplätze.

RUND 80 % DER ABITURIENTEN WOLLEN STUDIEREN



Die Abiturienten, die im Frühjahr 1964 die öffentlichen Gymnasien Schleswig-Holsteins verlassen haben, beabsichtigen, folgenden weiteren Ausbildungsweg zu gehen:

	Abiturienten		
	Insgesamt	männlich	weiblich
	in %		
Universität	51	55	43
Technische Hochschule	9	14	2
Hochschule für Musik, Sport, bildende Künste usw.	6	5	6
Pädagogische Hochschule	15	7	29
Beruf, Fachschule usw.	19	18	20
Insgesamt	100	100	100

Blick auf morgen

Eheschließung und Wohnungsbedarf

Wenn man sich Gedanken über den zukünftigen Wohnungsbedarf macht, dürfen die Zusammenhänge zwischen der Bevölkerungsentwicklung und der Nachfrage nach Wohnungen nicht übersehen werden. Einer der demographischen Faktoren, die den Wohnungsbedarf beeinflussen, ist die Entwicklung der Zahl der Eheschließungen. Ihr Einfluß auf die Nachfrage nach Wohnungen läßt sich jedoch statistisch nicht exakt fassen, sondern nur schätzen.

In Schleswig-Holstein wurden 1963 rund 22 200 Ehen geschlossen. Diese Ehepaare werden aber nicht alle eine Wohnung beanspruchen. Es wurden daher die zwischen verwitweten oder geschiedenen Partnern geschlossenen Ehen abgesetzt, weil anzunehmen ist, daß diese Ehepaare zum größten Teil bereits eine Wohnung haben. Aber auch die dann verbleibenden 18 800 Paare, bei denen beide Partner vor der Ehe ledig waren, werden nicht alle echte Wohnungsanwärter gewesen sein. Viele von ihnen werden zunächst bei den Eltern oder bei dem noch lebenden Eltern teil wohnen, um dann später die elterliche Wohnung oder sogar das Eigenheim zu übernehmen. Es wird – in Anlehnung an eine hamburgische Untersuchung¹ – daher unterstellt, daß von diesen Ehepaaren nur zwei Drittel sofort oder bald eine Wohnung haben wollen. Nach dieser Berechnung würde der Wohnungsbedarf für die 1963 in Schleswig-Holstein geschlossenen Ehen 12 600 Wohnungen betragen haben.

Es werden aber nicht nur Haushalte gegründet, sondern auch aufgelöst. Wenn alte Leute sterben, werden manchmal Wohnungen frei. Zu bedenken ist jedoch, daß die Woh-

1) Peter J. Deneffe "Der Wohnungsbedarf in Hamburg bis 1965". In: Hamburg in Zahlen, Sonderheft 1, Jahrgang 1962

nung im allgemeinen erst zur Verfügung steht, wenn auch der verwitwete Ehepartner gestorben ist. Als Ansatz für die Schätzung der in jedem Jahr frei werdenden Wohnungen – statistische Unterlagen liegen hierüber nicht vor – bietet sich daher die Zahl der Sterbefälle verwitweter und geschiedener Personen im Alter von 65 und mehr Jahren an. Die Zahl solcher Sterbefälle belief sich 1963 in Schleswig-Holstein auf ungefähr 11 000 Personen. Sie wird – infolge immer stärkerer Besetzung der höheren Altersjahre innerhalb der Gesamtbevölkerung – in den kommenden Jahren langsam ansteigen. Die Zahl der frei werdenden Wohnungen wird aber bei weitem nicht die Zahl dieser Sterbefälle erreichen, weil viele alte Leute keine eigene Wohnung haben, sondern zur Untermiete oder in Heimen leben. In der bereits angeführten Hamburger Untersuchung wurde angenommen, daß nur die Hälfte der gestorbenen Verwitweten und Geschiedenen eine Wohnung frei macht. Wird dieser Anteil auch auf die schleswig-holsteinischen Zahlen übertragen, so ergibt sich, daß im Zeitraum 1964 bis 1973 jährlich zwischen 5 000 und 6 000 Wohnungen frei werden. Das aber ist die Zahl, die etwa erforderlich ist, um den Wohnungsbedarf derjenigen jungen Ehepaare zu decken, die – wie bereits erwähnt wurde – in die Wohnungen der Eltern nachrücken wollen und somit keinen eigenen Wohnungsbedarf haben.

Es ist nun zu erwarten, daß die Zahl der jährlichen Eheschließungen in den kommenden Jahren leicht absinken wird. Der Wohnungsbedarf wird sich entsprechend verändern. Unter den oben gemachten Voraussetzungen ergibt sich dann im Jahrzehnt 1964 – 1973 ein durch die Eheschließungen ausgelöster Wohnungsbedarf von insgesamt gut 113 000 Wohnungen. Das entspräche einer durchschnittlichen Nachfrage von reichlich 11 300 Wohnungen im Jahr. Im Jahrfünft 1959 – 1963 sind im Schnitt jährlich rund 25 800 Wohnungen in Schleswig-Holstein neu gebaut worden.

Aus dem Inhalt

Vom Schulanfänger zum Akademiker

Seite 136

Die erste Verzögerung auf dem Ausbildungsweg vom Schulanfänger zum Akademiker kann es bereits bei der Einschulung geben. Ostern 1963 sind in Schleswig-Holstein 12 % aller schulpflichtigen Kinder vom Schulbesuch um ein Jahr zurückgestellt worden. Die nächste Hürde, die der zukünftige Akademiker zu nehmen hat, ist die Übergangsprüfung für die Aufnahme in das Gymnasium. Von den Schülern, die in den letzten Jahren die Übergangsprüfung für die Sexta bestanden haben, kamen 91 % aus der 4. Volksschulklasse; 9 % kamen aus der 5. Volksschulklasse und waren somit ein Jahr älter. Nicht von allen Schülern wird die höhere Schule in der vorgesehenen Zeit von neun Jahren reibungslos durchlaufen. Im Durchschnitt der Jahre 1958 – 1962 wurden in den öffentlichen Gymnasien Schleswig-Holsteins 9 % der Jungen und 6 % der Mädchen nicht versetzt. – Das Durchschnittsalter der Abiturienten beträgt

20 Jahre. Von den Abiturienten, die eine Hochschule besuchen wollen, nimmt nur ein Teil das Studium noch im gleichen Jahr auf. So hatten von den deutschen Studienanfängern, die im Wintersemester 1962/63 an der Kieler Universität immatrikuliert waren, nur gut sechs Zehntel die Berechtigung zum Hochschulbesuch im Jahre 1962 erworben, alle anderen in früheren Jahren. Auch der Besuch der Universität läuft nicht bei allen Studenten planmäßig ab. Im Wintersemester 1962/63 hatten 5 % aller Kieler Studenten eine geringere Zahl an Fachsemestern aufzuweisen als an Hochschulsesemestern, d. h. diese Studenten hatten ihr Studiengebiet gewechselt, was für sie eine Verzögerung im Studienablauf bedeutet haben dürfte. Aber auch das reine Fachstudium wird immer länger. Im Wintersemester 1958/59 betrug der Anteil der Studenten mit mehr als acht Fachsemestern 12 % und im Wintersemester 1962/63 25 %. Im Durchschnitt gingen die Studenten nach zehn Fachsemestern in die Diplom- oder Staatsprüfung. Dabei war die im Durchschnitt bis zur Prüfung durchlaufene Zahl von Fachsemestern in den einzelnen Studiengebieten unterschiedlich hoch.

Bevölkerung nach der Religion 1961

Seite 138

In keinem anderen Bundesland ist der evangelische Bevölkerungsanteil so gross wie in Schleswig-Holstein, wo er 88 % beträgt. Mit 6 % weist Schleswig-Holstein von allen Ländern zugleich relativ die wenigsten Angehörigen der römisch-katholischen Kirche auf. An dritter Stelle folgen die Gemeinschaftslosen mit 4 %. In den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten weicht der Anteil der Religionsgemeinschaften zum Teil beträchtlich vom Landesergebnis ab. So kommen die Evangelischen besonders stark in den an der Westküste und im Norden gelegenen Kreisen vor, während die Katholiken und die Gemeinschaftslosen hier relativ schwach vertreten sind. In den übrigen Landesteilen ist das Übergewicht der Evangelischen nicht so hoch. Es konnte ferner festgestellt werden, daß der Anteil der Evangelischen mit wachsender Gemeindegröße fällt, während die Anteile der Katholiken und der Gemeinschaftslosen ansteigen. In den mehr ländlichen Gemeinden unter 10 000 Einwohnern z. B., in denen fast die Hälfte aller Schleswig-Holsteiner lebt, befinden sich im Durchschnitt unter 100 Personen 92 Evangelische, 4 Katholiken und 2 Gemeinschaftslose. Von 100 Bürgern der Gemeinden über 100 000 Einwohner (Kiel und Lübeck) sind dagegen nur 83 evangelisch, aber 8 katholisch und 6 gemeinschaftslos.

Krankenanstalten 1962

Seite 141

Ende 1962 gab es in Schleswig-Holstein 129 Krankenhäuser mit fast 25 500 planmässigen Betten. Von diesen Betten waren jedoch 15 % ausschließlich für Patienten aus anderen Bundesländern bestimmt. Für die einheimische Bevölkerung verblieben somit rund 21 800 Betten, das entspricht einer Versorgung mit 93 Betten je 10 000 Einwohner. Werden in diese Betrachtung nur die Krankenhäuser für "Akutranke" einbezogen, so beläuft sich die Bettenziffer Ende 1962 auf 63 je 10 000 Einwohner. – Im Laufe des Jahres 1962 wurden in den Krankenhäusern über 282 000 Kranke stationär behandelt. Beinahe 259 000 Patienten (92 %) fanden Aufnahme in den Krankenhäusern für Akutranke. – Die Verweildauer der Patienten ist bei den Anstalten jeder Art weiter zurückgegangen. Läßt man die Patienten in psychiatrischen und neurologischen Anstalten unberücksichtigt, so ergab sich eine durchschnittliche Verweildauer von 24 Tagen, das ist ein halber Tag weniger als 1961. Am längsten dauerte die Behandlung in den Tbc-Krankenanstalten (155 Tage).

Nutzviehhaltung II

Seite 147

Von 1950 bis 1962 ist der Gesamtbestand an Schweinen in Schleswig-Holstein um mehr als die Hälfte angewachsen. Das Schlachtschweinaufkommen stieg von 1,25 Mill. Tieren im Jahre 1952 auf 2,31 Mill. im Jahre 1962, innerhalb von zehn Jahren also um rund 85 %. Wie bei allen übrigen Nutztviehharten, ist auch in der Schweinehaltung eine Konzentration auf weniger Halter mit größeren Beständen festzustellen. Von Dezember 1949 bis Dezember 1963 ging die Zahl der Schweinehalter von 133 100 auf 71 600 um 46 % zurück. Im Durchschnitt entfielen 1949 auf einen

Halter knapp 6 Schweine, 1963 dagegen 22. Mit zunehmender Konzentration der Schweinehaltung, besonders der Schweinemast, auf größere Bestände sind die jahreszeitlichen Schwankungen der Schweinebestände geringer geworden. – Die Zahl der Schweine wie auch die der Zuchtsauen allein hat sich von 1949 bis 1960 in allen Betriebsgrößenklassen erhöht. Fast die Hälfte aller Schweine war in mittelbäuerlichen Betrieben mit 20 bis 50 ha LN zu finden.

Industrie 1963

Seite 151

Ende September 1963 gab es in Schleswig-Holstein knapp 2 800 Industriebetriebe mit rund 180 000 Beschäftigten. Während von 1961 bis 1962 die Zahl der Beschäftigten nahezu konstant blieb, ist sie zum September 1963 leicht zurückgegangen, und zwar um 1 %. Die Zahl der Betriebe hat sich in diesen drei Jahren kaum verändert. In den einzelnen Bereichen war die Entwicklung dabei recht unterschiedlich. – Bemerkenswert ist, daß die vier kreisfreien Städte von September 1962 bis September 1963 mehr als 3 700 Industriebeschäftigte verloren haben. In der gleichen Zeit konnten die Kreise zusammengekommen eine Erhöhung der Beschäftigten um etwa 2 100 Personen erreichen. Damit haben die Kreise erstmalig mehr Industriebeschäftigte als die kreisfreien Städte aufzuweisen.

Steueraufkommen 1963

Seite 153

Im Jahre 1963 kamen in Schleswig-Holstein 2,8 Mrd. DM an Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern auf; das ist gegenüber 1962 ein Mehraufkommen von 7 %. Auf die Bundessteuern entfielen davon 58 %, auf die Landessteuern 28 % und auf die Gemeindesteuern 14 %; damit hat sich der Steueranteil des Bundes weiter verringert. Ertragreichste Steuer in Schleswig-Holstein war nach wie vor die Umsatzsteuer, die allein 523 Mill. DM erbrachte. – Dem Lande flossen 791 Mill. DM an eigenen Steuern zu, 9 % mehr als 1962. Die gegenüber den Bundessteuern günstigere Entwicklung bei den Landessteuern ergab sich daraus, daß das Land über Steuern mit höherer Zuwachsquote verfügt, die Kraftfahrzeugsteuer z. B. erhöhte sich um 14 %. – Die Gemeindesteuern hatten mit 9 % eine gleich hohe Zuwachsquote wie die Landessteuern und machten 1963 380 Mill. DM aus. Die wichtigste Steuer, nämlich die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, ist auch wieder die entwicklungskräftigste Steuer gewesen. Sie erreichte 241 Mill. DM und somit eine Zuwachsrate von 12 %.

Fremdsprachenunterricht

Seite 156

Englisch ist die Fremdsprache, die im Schulunterricht der allgemeinbildenden Schulen Schleswig-Holsteins mit Abstand am weitesten verbreitet ist. Im Mai 1963 lernten in Schleswig-Holstein 136 000 Schüler Englisch, aber nur 21 000 Französisch und 19 000 Latein.

Vom Schulanfänger zum Akademiker

Theoretisch gesehen könnte der Studierende in Schleswig-Holstein seine akademische Abschlußprüfung ungefähr im 24. Lebensjahr abgelegt haben: Schulbeginn mit gut 6 Jahren, 4 Jahre Volksschule, 9 Jahre Gymnasium und durchschnittlich 4 Jahre Hochschulstudium. Diese festgelegten Mindestbedingungen in bezug auf Alter und Ausbildungsdauer werden aber im Laufe der Ausbildungszeit von vielen Schülern und Studierenden aus den verschiedensten Gründen überschritten.

Für die folgende Untersuchung wäre es ideal, den Lebensweg einer Gruppe 6jähriger bis zu ihrem Studienabschluß zu verfolgen. Es ist jedoch nur möglich, einzelne Gruppen von Schülern und Studenten unterschiedlichen Alters zu untersuchen, die gerade einen bestimmten Ausbildungsabschnitt (Schulanfang, Übergangsprüfung, Abitur usw.) erreicht haben.

Die erste Verzögerung auf dem Ausbildungsweg kann es bereits bei der Einschulung in die Volksschule geben. Nach dem geänderten Schulpflichtgesetz vom 25. September 1963 beginnt die Schulpflicht in Schleswig-Holstein mit dem Schuljahr, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Kinder das 6. Lebensjahr vollenden. Das bedeutet, daß das Schulpflichtalter jetzt bei frühestens 6 1/4 Jahren liegt. Bisher lag dieser Termin bei 6 Jahren. Schulreife Kinder können allerdings auch weiterhin vorzeitig - zwischen 5 3/4 und 6 1/4 Jahren - eingeschult werden. In den letzten Jahren sind rund ein Viertel aller Kinder eines Geburtsjahres erst nach Vollendung des 7. Lebensjahres in die Schule aufgenommen worden. Diese Quote wird sich auch nach der neuen Regelung vermutlich nur unwesentlich erhöhen; denn das Herausschieben des Schulpflichtalters um 1/4 Jahr wird sich vor allem darin auswirken, daß der Anteil der zurückgestellten Kinder in Zukunft kleiner sein wird als bisher. Ostern 1963 sind in Schleswig-Holstein noch 12% aller schulpflichtigen Kinder vom Schulbesuch um ein Jahr zurückgestellt worden.

Die nächste Hürde, die der zukünftige Akademiker zu nehmen hat, ist die Übergangsprüfung für die Aufnahme in das Gymnasium. Von den Schülern, die in den letzten Jahren die Übergangsprüfung für die Sexta bestanden haben, kamen 91% aus der 4. Volksschulklasse, d. h. sie waren überwiegend zwischen 10 und 11 Jahre alt; 9% kamen aus der 5. Volksschulklasse und waren somit ein Jahr älter.

Nicht von allen Schülern wird die höhere Schule in der vorgesehenen Zeit von 9 Jahren reibungslos durchlaufen. Im Durchschnitt der Jahre 1958 bis 1962 wurden in den öffentlichen Gymnasien Schleswig-Holsteins 9% der Jungen und 6% der Mädchen nicht versetzt¹. Besonders

1) vergleiche auch: "Nicht versetzte Schüler in den öffentlichen Gymnasien" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 360 (November)

kritische Klassen waren dabei für die Jungen Quarta (7. Klasse) und Obersekunda (11. Klasse). In diesen beiden Klassen erreichten je 12% der Schüler nicht das Klassenziel. Für die Mädchen waren Quarta (7. Klasse) und Obertertia (9. Klasse) die Hauptklippen. Hier versagten 8% bis 9% aller Schülerinnen. Wenn auch nicht alle der Sitzengebliebenen die Klasse wiederholen und bis zum Abitur durchhalten, so dauert doch der Besuch der höheren Schule für die Abiturienten, die eine Klasse wiederholen müssen, nicht 9, sondern 10 Jahre.

Die Verzögerungen, die es vom Schulanfang bis zum 13. Schuljahr geben kann, schlagen sich in dem Alter der Abiturienten nieder. Das Durchschnittsalter der Abiturienten an öffentlichen Gymnasien betrug in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren 20,0 Jahre, und zwar für die Jungen 20,2 Jahre und für die Mädchen 19,8 Jahre. Es gab dabei Abiturienten, die im Jahr der Reifeprüfung 19 Jahre alt wurden, aber auch solche, die das 24. Lebensjahr erreichten. Wie die Altersstruktur der Abiturienten im Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1963 in Schleswig-Holstein aussah, zeigt folgende Aufstellung:

Alter im Jahr der Reifeprüfung	Abiturienten		
	Insgesamt	männlich %	weiblich
19	17	15	20
20	49	45	56
21	24	27	20
22	8	10	3
23	1	2	0,3
24	0,3	0,5	0,1
Insgesamt	100	100	100

Von den Abiturienten wollen die meisten studieren. Von den männlichen Abiturienten Schleswig-Holsteins beabsichtigten im Jahre 1963 73% an einer wissenschaftlichen Hochschule (Universität, Technischen Hochschule, aber auch an Hochschulen für Musik, Sport, Bildende Künste usw.) zu studieren; bei den Abiturientinnen betrug dieser Anteil 51%. Weitere 6% der männlichen und 27% der weiblichen Abiturienten entschieden sich für eine Pädagogische Hochschule. Von den Abiturienten, die eine Hochschule besuchen wollen, nimmt jedoch nur ein Teil das Studium noch im gleichen Jahr auf. Berufliche Praktika, Wehrdienst oder auch der Mangel an Studienplätzen können die Gründe dafür sein, daß der Studienbeginn herausgeschoben wird. So haben von den 1 091 deutschen Studienanfängern (1. und 2. Hochschulsemester), die im Wintersemester 1962/63 an der Kieler Universität immatrikuliert waren, 61% die Berechtigung zum Hochschulbesuch im Jahre 1962 erworben, 17% im Jahre 1961, 11% bereits 1960 und 8% noch früher. 4% der Studien-

anfänger hatten auf diese Frage keine Antwort gegeben. Die Angaben für die Studienanfänger zeigen weiter, daß der überwiegende Teil der Studenten eine Reifeprüfung an einem Gymnasium abgelegt hat. Der Anteil dieser Gruppe betrug im Wintersemester 1962/63 89%. Die Zahl der Studierenden mit einer anderen Hochschulberechtigung als dem Reifezeugnis eines Gymnasiums (z. B. Wirtschaftsoberschule, erfolgreicher Abschluß einer Fachschule, Begabtenprüfung usw.) ist recht klein.

Auch der Besuch der Universität läuft nicht bei allen Studenten planmäßig ab. So führt z. B. ein Wechsel des Studienggebietes im Verlaufe der Studienzeit im allgemeinen zu einer Verlängerung der Studiendauer. Die Häufigkeit des Studienwechsellns läßt sich nur indirekt durch einen Vergleich zwischen der Zahl der Studenten in den einzelnen Hochschulsemestern und der der Studenten nach Fachsemestern bestimmen. Im Wintersemester 1962/63 hatten an der hiesigen Universität 229 deutsche Studenten - auch alle folgenden Aussagen beziehen sich nur auf die deutschen - mit dem Studium begonnen (1. Hochschulsemester). Für sie war dieses Semester zugleich das erste Fachsemester (Semesterzahl im derzeitigen Studienfach). Darüber hinaus hatten aber weitere 78 Studenten angegeben, daß sie sich im ersten Fachsemester befanden. Das bedeutet, daß diese Studenten bereits ein oder mehrere Semester immatrikuliert waren und im Winter 1962/63 das Studium in einem anderen Fachgebiet neu begonnen hatten. Werden nicht nur die Studienanfänger, sondern alle Studenten der Kieler Universität einbezogen, so ergibt sich, daß im Winter 1962/63 5% der Studenten eine geringere Zahl an Fachsemestern aufzuweisen hatten als an Hochschulsemestern. Diese Studenten hatten also ihr Studienggebiet gewechselt, was für sie eine Verzögerung im Studienablauf bedeutet haben dürfte.

Aber auch das reine Fachstudium wird immer länger. Der Anteil der Studenten, die mehr als 8 Semester auf der Universität bleiben, steigt ständig. Er war 1962/63 doppelt so hoch wie 1958/59. Die folgende Aufstellung zeigt, wie sich der Anteil der Studenten mit einer höheren Semesterzahl an allen Studenten in den vergangenen Jahren in Kiel entwickelt hat:

Wintersemester	Anteil der Studenten mit mehr als 8 Fachsemestern
1958/59	12 %
1959/60	16 %
1960/61	18 %
1961/62	21 %
1962/63	25 %

Mit der Verlängerung des Studiums steigt aber auch der Anteil der älteren Studenten. Der Anteil der Studenten, die 24 Jahre alt und älter

sind, erhöhte sich von 32% im Winter 1958/59 bis auf 43% im Winter 1962/63.

Den Abschluß des Studiums bildet in der Regel ein Staatsexamen, eine Diplomprüfung oder auch eine Promotion. An der Universität in Kiel wurden im Studienjahr 1962 (Wintersemester 1961/62 und Sommersemester 1962) 633 Diplom- und Staatsprüfungen (ohne Promotionen) abgelegt. Im Durchschnitt gingen die Kandidaten nach 10 Fachsemestern in die Prüfung. Die Prüfungssemester sind dabei nicht mitgezählt. Die im Durchschnitt bis zur Prüfung durchlaufene Zahl von Fachsemestern war in den einzelnen Studienggebieten unterschiedlich hoch:

Chemie	12,1
Humanmedizin	11,3
Lehramt an höheren Schulen	10,4
Zahnmedizin	10,1
Evangelische Theologie	9,8
Volkswirtschaft	9,6
Rechtswissenschaft	8,6
Landwirtschaft	6,4
Pharmazie	6,0

In die vorstehende Übersicht (deutsche Studenten an der Universität Kiel im Studienjahr 1962) sind nur die Gebiete aufgenommen worden, in denen mindestens 15 Teilnehmer die Prüfung bestanden haben. Dabei fand sich in fast allen Studienggebieten ein kleinerer oder größerer Teil von Studenten, der mehr als die vorgeschriebene Mindestzahl von Fachsemestern benötigt hatte, um zu diesem Ziel zu gelangen.

Wie das Verhältnis zwischen der Mindestzahl von Fachsemestern und der tatsächlich bis zum Abschluß benötigten Zahl von Fachsemestern aussieht, soll hier an der Diplomprüfung für Volkswirte gezeigt werden; vorgeschrieben sind dazu mindestens 8 Semester. Im Studienjahr 1963 (Wintersemester 1962/63 und Sommersemester 1963) hatten in Kiel von 80 Prüfungsteilnehmern dieses Fachgebietes 49 die Diplomprüfung bestanden, und zwar

nach 8 Fachsemestern	3 Teilnehmer
" 9	23 "
" 10	6 "
" 11	10 "
" 12	3 "
" 13	2 "
" 14	1 "
" 15	1 "

Im Durchschnitt legten diese 49 Teilnehmer ihre Diplomprüfung für Volkswirte nach 10 Semestern ab. Nicht bei allen Studienggebieten ist aber die Streuung der Zahl der benötigten Fachsemester so groß wie bei den Volkswirten. Die meisten Studenten der Humanmedizin z. B. legen ihr Staatsexamen nach der vorgeschriebenen Mindestsemesterzahl ab. Sie haben allerdings eine ohnehin hohe Zahl von Fachsemestern nachzuweisen, nämlich 11 Semester.

Überblickt man nun den Ausbildungsweg vom Schulanfang bis zur Diplom- oder Staatsprüfung, so erkennt man, daß diese Strecke für den jungen Akademiker sehr gradlinig gewesen sein muß - z. B. Abitur mit 20 Jahren und 10 Seme-

ster an der Universität -, wenn er heute mit 26 Lebensjahren in die Abschlußprüfung steigen kann.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheyo

Vergleiche auch: "Der Weg zur akademischen Abschlußprüfung" in Bayern in Zahlen 1963, S. 462 (Dezember)

Die Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit am 6. Juni 1961

In keinem anderen Bundesland ist der evangelische Bevölkerungsanteil so groß wie in Schleswig-Holstein, wo er 88% beträgt.¹ 2,03 Mill. Einwohner gehören den in der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammengeschlossenen Kirchen an, 17 000 den evangelischen Freikirchen.

Mit 6% weist Schleswig-Holstein von allen Ländern zugleich relativ die wenigsten Angehörigen der römisch-katholischen Kirche (einschließlich der unierten Riten) auf. An dritter Stelle folgen die Gemeinschaftslosen mit 4%. 27 000 Personen, das sind gut 1% der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, haben zu der

Frage nach der Religionszugehörigkeit keine oder nur unklare Angaben gemacht. Manche wollten sicher durch die Nichtbeantwortung zum Ausdruck bringen, daß sie keiner Religionsgemeinschaft angehören. Wie viele jedoch aus anderen Gründen die Antwort verweigerten, ist ungeklärt. Dieses Unsicherheitsmoment muß beachtet werden, besonders bei den kleineren Religionsgemeinschaften.

In Schleswig-Holstein sind von 100 Einwohnern 53 weiblich. Für die meisten Glaubensgemeinschaften ergibt sich jedoch ein anderes Geschlechterverhältnis. Unter den Angehörigen der evangelischen Kirchen, die als größte Gruppe den Landesdurchschnitt wesentlich bestimmen, befinden sich 54% Frauen und Mädchen. Bei den Katholiken sind dagegen beide Geschlechter gleich stark vertreten, von den Gemeinschaftslosen sind nur 41% weiblich. Fast ebenso niedrig liegt der Prozentsatz bei den Angehörigen der freireligiösen und Weltanschauungsgemeinschaften. Daß die Anteile der Frauen unter den Angehörigen der Ostkirchen mit 39% und der "anderen" Volks- und Weltreligionen mit 15% noch geringer sind, ist nicht zuletzt auf die Zahl der männlichen Gastarbeiter und Studenten aus Griechenland und dem Orient zurückzuführen. Am höchsten ist der Anteil des weiblichen Geschlechts in den christlich orientierten Sondergemeinschaften.

In den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten weicht der Anteil der Religionsgemeinschaften z. T. beträchtlich vom Landesergebnis ab. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, kommen die Evangelischen besonders stark in den an der Westküste und im Norden gelegenen Kreisen vor, während die Katholiken und die Gemeinschaftslosen hier relativ schwach vertreten sind. In den übrigen Landesteilen ist das Übergewicht der Evangelischen nicht so hoch. Insbesondere in den kreisfreien Städten sowie in den Kreisen Pinneberg und Stormarn ist der Anteil der Angehörigen der römisch-katholischen Kirche und der außerhalb einer kirchlichen Bindung Stehenden z. T. recht bemerkenswert.

Die dritte Tabelle läßt erkennen, daß die Religionsverteilung auch mit der Gemeinde-

Die Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit
am 6. Juni 1961

Religionszugehörigkeit	Männlich	Weiblich	Insgesamt	
			Anzahl	%
Angehörige der				
in der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammengeschlossenen Kirchen	941 795	1 084 435	2 026 230	87,4
evangelischen Freikirchen	7 440	9 251	16 691	0,7
Römisch-katholischen Kirche einschl. der unierten Riten	64 106	64 782	128 888	5,6
Ostkirchen	639	406	1 045	0,0
Altkatholischen Kirche und verwandter Gruppen	77	79	156	0,0
christlich orientierten Sondergemeinschaften	7 165	10 040	17 205	0,7
jüdischen Religionsgemeinschaft	59	67	126	0,0
anderen Volks- und Weltreligionen	434	77	511	0,0
freireligiösen und Weltanschauungsgemeinschaften	6 238	4 630	10 868	0,5
Gemeinschaftslose	52 001	36 887	88 888	3,8
Ohne Angabe	13 915	12 918	26 833	1,2
Insgesamt	1 093 869	1 223 572	2 317 441	100

1) siehe hierzu: "Die regionale Verbreitung der Konfessionen" in Wirtschaft und Statistik, 1964, S. 4* (Januar)

Die Religionszugehörigkeit in den Kreisen am 6. Juni 1961

KREISFREIE STADT Kreis	Evangelisch	Römisch-katholisch	Gemeinschaftslos
	% der Bevölkerung		
FLENSBURG	86,0	6,5	3,9
KIEL	79,9	7,4	9,3
LÜBECK	87,1	7,8	3,1
NEUMÜNSTER	83,6	7,8	5,3
Eckernförde	92,3	4,1	1,7
Eiderstedt	94,8	2,4	1,5
Eutin	90,7	5,1	2,0
Flensburg-Land	93,2	3,3	1,4
Hzgt. Lauenburg	88,9	5,7	3,2
Husum	94,2	3,1	1,1
Norderdithmarschen	92,5	2,9	2,0
Oldenburg (Holstein)	91,6	5,3	1,1
Pinneberg	84,3	6,9	5,6
Plön	90,2	4,5	3,1
Rendsburg	90,3	4,3	3,2
Schleswig	93,4	3,3	1,5
Segeberg	91,4	4,3	2,1
Steinburg	91,3	4,3	2,7
Stormarn	84,9	7,0	5,4
Süderdithmarschen	93,6	2,6	1,9
Südtondern	92,3	3,8	1,9
Schleswig-Holstein	88,2	5,6	3,8

größe in Beziehung steht. Mit wachsender Gemeindegröße fällt der Anteil der Evangelischen, während die Anteile der Katholiken und der Gemeinschaftslosen ansteigen. In den mehr ländlichen Gemeinden unter 10 000 Einwohnern z. B., in denen fast die Hälfte aller Schleswig-Holsteiner lebt, befinden sich im Durchschnitt unter 100 Personen 92 Evangelische, 4 Katholiken und 2 Gemeinschaftslose. Von 100 Bürgern der Gemeinden über 100 000 Einwohner (Kiel und Lübeck) sind dagegen nur 83 evangelisch, aber 8 katholisch und 6 gemeinschaftslos.

Die Religionszugehörigkeit in den Gemeindegrößenklassen am 6. Juni 1961

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Evangelisch	Römisch-katholisch	Gemeinschaftslos
	% der Bevölkerung		
unter 10 000	91,8	3,9	2,2
10 000 - 20 000	86,2	6,9	4,2
20 000 - 50 000	85,8	6,4	5,0
50 000 - 100 000	85,0	7,1	4,5
100 000 und mehr	83,2	7,6	6,4
Zusammen	88,2	5,6	3,8

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 1, S. 5* (Januar)

Diese Unterschiede von Kreis zu Kreis und Gemeinde zu Gemeinde haben sich im Verlaufe von rund einhundert Jahren herausgebildet. 1840 gab es erst 0,2% Katholiken in Schleswig-Holstein, und schon damals lebten die meisten von ihnen in den größeren Ansiedlungen, den

Städten und Flecken.² Seither sind Zahl und Anteil der Katholiken fast ständig gestiegen.³ 1939 lebten bereits 68 000 Angehörige der römisch-katholischen Kirche, das waren 4,3% der Bevölkerung, in Schleswig-Holstein. In dieser Entwicklung spiegeln sich die Veränderungen wider, die Wirtschaft und Verkehr vor und nach der Jahrhundertwende genommen haben. Die vor 1900 entstehenden neuen Industrien und der Bau des Nord-Ostsee-Kanals zogen aus allen Gegenden Deutschlands Arbeitskräfte an, und das neue Verkehrsmittel - die Eisenbahn - erleichterte diese Zuwanderung. Damit kamen immer mehr Katholiken nach Schleswig-Holstein. Diese Entwicklung setzte sich auch nach 1900 fort. Der nun auf Grund der Flottengesetze verstärkt einsetzende Aufbau der Kriegsmarine führte viele Soldaten ins Land. An der Einwohnerveränderung Kiels läßt sich deutlich ablesen, wie Wirtschaft und Marine die Zahl der Katholiken anschnellen ließen.⁴

Jahr	Bevölkerung	Katholiken ¹ insgesamt	aktive Militär- personen
1885	51 706	1 636	3 122
1890	69 172	2 724	4 506
1895	85 666	3 914	5 839
1900	107 977	5 896	10 277
1905	163 772	11 241	23 243
1910	211 627	13 212	22 831

1) bis 1905 katholisch, 1910 römisch-katholisch

Innerhalb von 25 Jahren vervierfachte sich in Kiel die Zahl der Einwohner, während sich die der Katholiken auf das 8fache und die der Soldaten auf das 7fache steigerte. Auch die Volkszählung von 1961 hat wieder gezeigt, wie der katholische Bevölkerungsanteil in manchen Garnisonsgemeinden durch die dort stationierten Soldaten anwächst.

Diese durch die Zuwanderung hervorgerufene Vermischung der Bevölkerung steigerte sich sprunghaft nach dem zweiten Weltkrieg. Insbesondere durch die Vertriebenen und Flüchtlinge stieg die Einwohnerzahl von 1939 bis 1950 um mehr als 1 Million. Die Katholiken nahmen in dieser Zeit um 87 000 zu. Vor allem unter den Vertriebenen befanden sich viele Katholiken, kommen sie doch z. T. aus überwiegend katholischen Gebieten, wie Oberschlesien oder dem Sudetenland.

Seit 1949, dem Beginn der Umsiedlung, haben viele Vertriebene und Flüchtlinge unser Land wieder verlassen. Bis Ende 1961 wurden rund

2) siehe hierzu: "Statistisches Tabellenwerk", 1. Heft, Kopenhagen 1842, S. 77 und 212

3) Es ist für diesen geschichtlichen Vergleich vom jeweiligen Gebietsstand ausgegangen worden

4) siehe hierzu: "Preußische Statistik", Heft 96, 121, 148, 177, 206 und 234

400 000 Umsiedler registriert. Etwa 16% von ihnen waren katholisch. Zwischen den beiden letzten Volkszählungen ist die Bevölkerungszahl vornehmlich durch diese Umsiedlungsaktion um 277 000 Personen, darunter 26 000 Katholiken gesunken. Daß heute dennoch 129 000 Katholiken gezählt werden, liegt vor allem daran, daß Vertriebene und Flüchtlinge trotz der Umsiedlung und sonstiger Abwanderungen immer noch ein Drittel der Bevölkerung stellen. Über die Hälfte aller Katholiken sind vertrieben (64 000) oder geflüchtet (5 000).

Parallel mit dieser Entwicklung haben besonders die wirtschaftlichen und kulturellen Zentren eine Fortsetzung der Vermischung der Religionsgemeinschaften erfahren, die, wie oben geschildert, bereits im vorigen Jahrhundert eingesetzt hat. In den kreisfreien Städten nahm die Einwohnerzahl seit der Volkszählung von 1950 um 10 000 Personen zu, wovon 2 000 katholisch waren⁵. Durch diese überproportional starke Zunahme der Katholiken stieg ihr Anteil in diesen vier Städten von 7,3% auf 7,5%. Von Stadt zu Stadt ergeben sich dabei kleine Unterschiede. In Lübeck und Neumünster sank zwar der Anteil der katholischen Bevölkerung, aber geringfügig und schwächer als in den übrigen Kreisen.

Die Einwohnerzahl der Kreise ist in den letzten elf Jahren um 287 000 gefallen, liegt somit um 15% niedriger als 1950. Die Zahl der Katholiken sank um 28 000 (26%). Dadurch sind die Angehörigen der römisch-katholischen Kirche in den Kreisen nur noch mit 4,8% vertreten, während ihr Anteil 1950 noch 5,5% betrug. Pinneberg und Stormarn heben sich durch eine relativ kleine Veränderung der Bevölkerungszahl und annähernd gleich gebliebenen Anteil der Katholiken von den anderen Kreisen ab.

Diese durch die Umsiedlungsmaßnahmen und übrigen Abwanderungen bedingte Entmischung betraf vor allem die kleineren Gemeinden. In den Gemeinden unter 20 000 Einwohnern fiel die Zahl der Katholiken in den elf Jahren seit 1950 um 28 000 Personen, sank damit von 5,3% auf 4,5%. In den größeren Gemeinden dagegen nahmen die Angehörigen der römisch-katholischen Kirche um 2 000 Einwohner zu. Ihr Anteil erhöhte sich dadurch von 7,1% auf 7,2%.

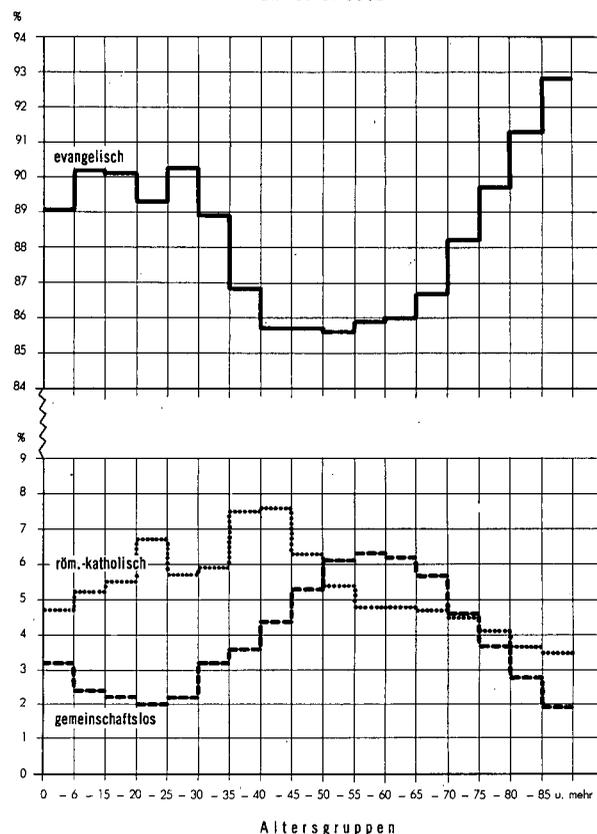
Das starke Vorkommen der Gemeinschaftslosen in den größeren Städten kann nicht - oder nur zu einem geringen Teil - durch Zuwanderungen aus anderen Teilen Deutschlands erklärt werden. Denn von Bundesland zu Bundesland weicht der Anteil der Gemeinschaftslosen, wenn man von den Stadtstaaten absieht, nicht sehr voneinander ab. In allen Bundesländern wächst der Anteil der außerhalb einer kirchlichen Gemein-

schaft Stehenden mit der Gemeindegröße⁶. Diese Erscheinung hängt u. a. mit der in den Städten herrschenden Anonymität des Einzelnen zusammen⁷.

Den höchsten Anteil an Gemeinschaftslosen von den 30 schleswig-holsteinischen Orten über 10 000 Einwohner weisen mit 10% Harksheide und Garstedt auf. Bei ihnen wirkt sich die Nähe Hamburgs aus, wo es mehr als 12% Gemeinschaftslose gibt.

D-3386

Bevölkerung nach Alter und Religionszugehörigkeit am 6. 6. 1961



Die Grafik zeigt, wie die Anteile der Religionsgemeinschaften und der Gemeinschaftslosen von Altersgruppe zu Altersgruppe variieren. Die auffallendsten Unterschiede ergeben sich für die Evangelischen und die Gemeinschaftslosen. Viele der außerhalb einer religiösen Gemeinschaft Stehenden dürften früher einmal der evangelischen Landeskirche angehört haben. Die Austritte aus der evangelischen Landeskirche, die sich bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückverfolgen lassen, hatten kurz nach dem ersten Weltkrieg, dann während der Weltwirtschaftskrise und in der Zeit der nationalsozialistischen Regierung ein besonde-

6) siehe hierzu: Wirtschaft und Statistik, 1964, S. 5* (Januar)

7) vergleiche hierzu: L. Neundörfer, "Einige Grunddaten zur Struktur der Katholischen Kirche in Deutschland" in Soziale Welt, Jg. V, 1954, S. 203

5) Gebietsstand: 6. 6. 1961

res Ausmaß erreicht⁸. Der hohe Anteil der Gemeinschaftslosen in den mittleren und älteren Jahrgängen dürfte hiermit in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Begriffe und Methoden

Es ist die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgemeinschaft usw. erfragt worden.

Unter den "Evangelischen" werden hier die Angehörigen der in der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammengefaßten Kirchen - Evangelische Landeskirchen, Bund evangelisch-reformierter Kirchen Deutschlands und Evangelische Brüder-Unität in Deutschland - sowie die Angehörigen der evangelischen Freikirchen verstanden. Zu den evangelischen Frei-

8) siehe hierzu: "Kirchenaustritte aus den deutschen evangelischen Landeskirchen und Übertritte (Eintritte) zu den deutschen evangelischen Landeskirchen in der Zeit von 1884 bis 1949" in Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Statistische Beilage Nr. 4 (Schnelldienst Nr. 12 v. 27. 8. 1952)

kirchen rechnen außer dem Bund Evangelischer-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland z. B. die Methodistenkirche in Deutschland und die Heilsarmee.

Zu den Ostkirchen zählen die Orthodoxen Kirchen, orientalische Nationalkirchen und Sondergruppen.

Die christlich orientierten Sondergemeinschaften umfassen Adventisten, Bibelforscher, Neuapostolische, die Pfingst- und Heiligungsbewegung u. dgl.

Unter den Angehörigen der "anderen" Volks- und Weltreligionen sind Buddhisten, Hindus, Mohammedaner usw. zu verstehen.

Zu den freireligiösen und Weltanschauungsgemeinschaften gehören z. B. der Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands, die Religionsgemeinschaft Deutscher Unitarier, Monisten und Freidenker, Theosophen und Anthroosophen, Lebensreformer u. dgl.

Als gemeinschaftslos wurden alle Personen verzeichnet, die die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft ausdrücklich verneint hatten.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Die Krankenanstalten 1962

Von den 130 Krankenhäusern, die 1961 in Schleswig-Holstein für die stationäre Krankenversorgung bereitstanden, wurden im Laufe des Jahres 1962 zwei chirurgische Kliniken geschlossen. Eine private Fachklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten wurde neu in Betrieb genommen. Ende 1962 gab es danach 129 Krankenhäuser. 63 Krankenhäuser (etwa die Hälfte) wurden vom Land, von den Kreisen, Gemeinden oder von Sozialversicherungsträgern unterhalten (öffentliche Krankenanstalten), 42 (ein Drittel) waren als Privatkliniken konzessioniert und 24 sogenannte "freie gemeinnützige" Krankenanstalten wurden von caritativen Organisationen getragen. Diese Verteilung der Krankenhäuser nach Kostenträgern hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Auch die Anteile am Bettenbestand sind nahezu konstant geblieben: fast drei Viertel der Krankenbetten stehen in öffentlichen, mehr als ein Fünftel in freien gemeinnützigen Krankenhäusern und nur 5% in Privatkliniken. Ein Vergleich mit der Verteilung der Anstalten auf die Kostenträger läßt bereits auf die erheblichen Größenunterschiede zwischen den öffentlichen Krankenhäusern, die meist als Allgemeinkrankenhäuser über mehrere Fachabteilungen verfügen, und den fachlich spezialisierten Privatkliniken schließen. Tatsächlich haben nur 5 private Krankenhäuser 50 und mehr Betten, die Hälfte sogar unter 25 Betten. Im Durchschnitt verfügt eine Privatklinik über rund 30 Betten. Dagegen wurde für die öffentlichen Krankenhäuser eine Durchschnittsausstattung mit 291 Betten berechnet.

Betten

Die Gesamtzahl der Betten in den Krankenhäusern ist nur ganz geringfügig gestiegen. Am 31.12.1962 standen 25 481 planmäßige Betten für die Aufnahme von Patienten bereit (gegenüber 25 438 im Jahr davor). Von diesen Betten waren jedoch rund 15% ausschließlich für Patienten aus anderen Bundesländern bestimmt. Aus heilklimatischen Gründen unterhalten beispielsweise die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und die Landesversicherungsanstalten Hamburg und Berlin Krankenhäuser für Tuberkulosekranke in Schleswig-Holstein. Ebenso sind in der Rheumaheilstätte Bad Bramstedt und in der Nordseeklinik Westerland sowie in zwei Krankenhäusern für Psychiatrie und Neurologie ständig Betten für Patienten aus anderen Ländern reserviert. Insgesamt handelt es sich um etwa 3 700 Betten, um die das gesamte Bettenangebot gekürzt werden muß, wenn man ein Bild über die relative Versorgung mit Krankenbetten in unserem Lande gewinnen will. Es bleiben also rund 21 800 Betten. Gemessen an der Bevölkerungszahl entspricht das einer Versorgung mit 93 Betten für je 10 000 Einwohner. Ende 1961 waren es noch 94 Betten.

Das Bettenangebot in den Krankenhäusern muß sich nach dem zu erwartenden Bedarf der Bevölkerung an Einrichtungen für die stationäre Behandlung ausrichten. Insofern bedarf die allgemeine Bettenziffer von 93 je 10 000 Einwohner (ohne die Fremdbetten) noch einer weiteren Modifizierung. Man unterscheidet nach der Zweckbestimmung der Krankenhäuser zwei

in ihren Aufgaben unterschiedliche Gruppen. Für die Versorgung "Akutkranker", also solcher Patienten, die möglichst sofort in nahe gelegenen Häusern stationär behandelt werden müssen, dienen außer den Allgemeinen Krankenhäusern z. B. die Kliniken für Innere Krankheiten, Chirurgische, gynäkologisch-geburtshilfliche Kliniken, Säuglings- und Kinderkrankenhäuser und HNO-Fachkliniken. Neben diesen Krankenhäusern für Akutkranke steht die Gruppe der Sonderkrankenanstalten mit weitem Einzugsbereich, zu der die Tbc-Krankenhäuser und die Krankenanstalten für Psychiatrie und Neurologie gehören.

In den Häusern für Akutkranke waren Ende 1962 insgesamt rund 14 700 Betten für Schleswig-Holsteiner verfügbar, mithin 63 je 10 000 Einwohner. Im Bundesgebiet standen Ende 1962 72 Betten je 10 000 Einwohner für die Behandlung Akutkranker bereit. Die verhältnismäßig starke Abweichung vom Bundesdurchschnitt ist im wesentlichen methodisch bedingt. Bei der genannten Bettenzahl sind die Betten einiger Häuser, über deren Zweckbestimmung man verschiedener Meinung sein kann, nicht den Akutkrankenhäusern, sondern den Kuranstalten zugerechnet worden. Legt man das bisher noch für den Bund geltende Zuordnungsprinzip an, so ergibt sich für unser Land ein Wert von 69 Betten je 10 000 Einwohner.

Krankenanstalten und Betten in den Kreisen am 31. 12. 1962

Kreis	Krankenanstalten		Planmäßige Betten für Akutkranke	
	insgesamt	Planmäßige Betten	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Flensburg (Stadt und Land)	6	1 059	961	59
Kiel	20	2 904	2 636	97
Lübeck	9	2 261	1 663	70
Neumünster	5	529	494	66
Eckernförde	3	253	253	39
Eiderstedt	2	171	54	28
Eutin	6	889	350	39
Hzgt. Lauenburg	9	1 527	592	45
Husum	5	374	333	52
Norderdithmarschen	4	503	503	87
Oldenburg (Holstein)	4	3 322	552 ^a	69 ^a
Pinneberg	8	1 095	1 070	48
Plön	3	251	199	18
Rendsburg	7	897	623	39
Schleswig	7	3 649	562	57
Segeberg	6	2 404	385	39
Steinburg	8	855	694	57
Stormarn	5	1 012	594	40
Süderdithmarschen	4	314	314	43
Südtondern	8	1 212	305	50
Schleswig-Holstein	129	25 481	13 137	55

a) einschl. 140 Orthopädiebetten in der Landeslinik für Körperbehinderte

Diese Teilung der Krankenhäuser in zwei Gruppen erlaubt schon einen sinnvollen Vergleich zwischen den Kreisen. Durch die unterschiedliche Häufung der Sonderkrankenhäuser würden sich bei einer Globalbetrachtung extrem hohe Bettenziffern für die Kreise Schleswig, Oldenburg und Segeberg ergeben. Es zeigt sich aber, daß diese Kreise in den Akutkrankenhäusern durchaus normale Bettenziffern haben.

Die Zuordnung eines Krankenhauses als Ganzes zu einer bestimmten Anstaltskategorie reicht allerdings nicht aus, um das regionale Bettenangebot eindeutig nach der Zweckbestimmung aufzugliedern. Einige allgemeine Krankenhäuser haben nämlich neben den Behandlungseinrichtungen für Akutkranke auch noch Abteilungen für Tuberkulosekranke oder für psychiatrische und neurologische Patienten. Da die Krankenanstalten dieser Fachrichtungen zu den Sonderkrankenhäusern rechnen, sind für Ende 1962 einmal die entsprechenden Betten eliminiert und nur die Betten der Fachrichtungen

Innere Krankheiten, Chirurgie, Gynäkologie, Säuglings- und Kinderkrankheiten, HNO, Augen, Haut, Orthopädie, Urologie, Kieferkrankheiten, Röntgen

sowie die Betten in allgemeinen Krankenhäusern ohne abgegrenzte Fachabteilungen unabhängig von der sonst üblichen Abgrenzung und Zuordnung der Krankenhäuser ausgezählt worden (dritte Spalte der Tabelle).

Dabei ergab sich zunächst eine niedrigere absolute Bettenzahl von 13 137 planmäßigen Betten für Akutkranke. Die Differenz gegenüber der zuerst genannten von 14 900 Betten in Akutkrankenhäusern erklärt sich aus dem Verzicht auf die ganzheitliche Zuordnung der Krankenhäuser. Selbstverständlich liegt damit auch die auf die Einwohnerzahl bezogene Bettenziffer niedriger. Je 10 000 Einwohner waren im Landesdurchschnitt 55 Betten für Akutkranke verfügbar. Unter den Kreisen liegt Kiel mit einer Bettenziffer von 97 weit an der Spitze. Entscheidenden Anteil an diesem hohen Wert haben die Universitätskliniken mit über 1 500 Betten. Das Einzugsgebiet dieses Klinikums ist nicht auf die nähere Umgebung beschränkt: 45% der Patienten kamen 1962 aus Kiel selbst, gut ein Viertel aus den Nachbarkreisen Rendsburg, Eckernförde und Plön und reichlich ein weiteres Viertel aus anderen Teilen Schleswig-Holsteins sowie aus anderen Bundesländern.

An zweiter Stelle hinsichtlich der Versorgung mit Betten für Akutkranke liegt der Kreis Norderdithmarschen mit 87 Betten je 10 000 Einwohner. Es folgen Lübeck (70), Oldenburg (69)¹ und Neumünster (66). Ebenfalls über dem

1) Läßt man die 140 Orthopädiebetten in der Landeslinik für Körperbehinderte unberücksichtigt, so vermindert sich die Bettenziffer für Oldenburg auf 52

Landesdurchschnitt liegen Stadt und Landkreis Flensburg² (59) sowie Schleswig und Steinburg (je 57). Alle übrigen Kreise bleiben mit der berechneten Bettenziffer unter dem Landesdurchschnitt. Daraus kann aber nicht geschlossen werden, daß die Bevölkerung dieser Kreise mit Krankenbetten schlechter versorgt ist. Vielmehr sind die Verwaltungsgrenzen der Kreise hier insofern keine adäquate Begrenzung des zu beobachtenden Raumes, als einzelne Krankenhäuser je nach ihrem Standort ihren Einzugsbereich weit über die Kreisgrenzen hinaus erstrecken.

Ein typisches Beispiel bietet der Kreis Plön mit der niedrigsten Bettenziffer für Akutkranke (18). Durch die Konzentration der Einwohner in den Kiel benachbarten Gemeinden dieses Kreises erhält bereits eine große Zahl von Kranken die Möglichkeit einer schnellen stationären Aufnahme in Kieler Kliniken. Günstige Verkehrsverbindungen zu Krankenhäusern in anderen Kreisen dürften die ausreichende Versorgung Akutkranker selbst bei niedriger Bettenziffer in einem Kreis sicherstellen. Umfassendes statistisches Material zu diesem Fragenkomplex liegt nicht vor. Lediglich für die der Akutkrankenversorgung dienenden allgemeinen Krankenhäuser können aus der "Einzugsgebiete-statistik"³ Anhaltswerte gewonnen werden. Danach haben von 9 600 Kranken aus dem Kreis Plön, die 1962 in allgemeinen Krankenhäusern stationär behandelt wurden, rund 4 100 Anstalten in Kiel und rund 1 600 Krankenhäuser in Eutin aufgesucht. Damit sind fast drei Fünftel der Patienten in Gemeinden unmittelbar jenseits der Kreisgrenzen in stationäre Behandlung gegangen.

Derartige Überschneidungen von Kreisgrenzen und Einzugsbereichen der Krankenhäuser sind auch bei den anderen Kreisen zu berücksichtigen. So suchten z. B. von den 1 900 Patienten in allgemeinen Krankenhäusern aus dem Kreis Eiderstedt 44 Prozent nahe gelegene Krankenhäuser in Husum und Heide auf. Wie stark die Standorte der Krankenhäuser diese Wechselbeziehungen zwischen den Kreisen bestimmen, zeigt sich am Kreis Eutin, wo einerseits eine beachtliche Zahl von Patienten aus dem Kreis Plön aufgenommen wird, andererseits aber gut 4 000 Patienten - vor allem wohl aus dem Ostteil des Kreises - in Lübecker Kliniken behandelt werden.

Allgemein läßt sich das Bild der relativen Bettenversorgung für Akutkranke aus den Ergebnissen der Einzugsgebietestatistik dahin

2) Da es im Kreis Flensburg-Land keine Krankenhäuser gibt, wurden hier beide Kreise zusammengefaßt

3) Bei dieser Ergänzungserhebung zur Krankenanstaltsstatistik werden für 53 allgemeine Krankenhäuser mit nahezu 12 000 Betten die Herkunftsgebiete der Patienten ermittelt

ergänzen, daß niedrige (hohe) Bettenziffern in einem Kreis in der Regel mit hohen (niedrigen) Anteilen von Patienten, die außerhalb der Kreisgrenzen in Krankenhäusern behandelt wurden, gekoppelt sind.

Behandelte Patienten und Pflegetage

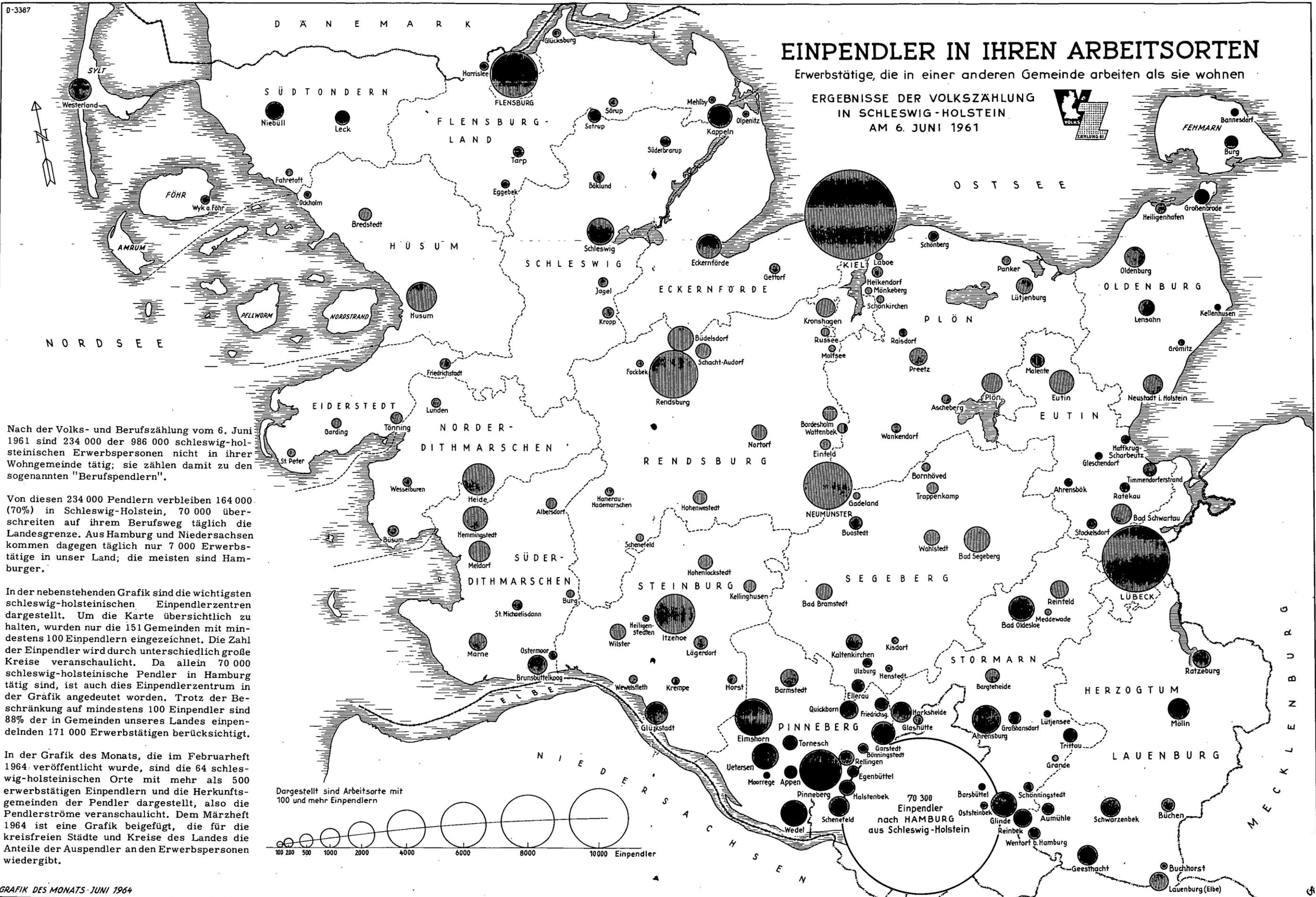
Insgesamt wurden im Laufe des Jahres 1962 in den Krankenhäusern über 282 000 Kranke stationär behandelt. Das sind gut 3 300 Behandlungsfälle mehr als 1961. Beinahe 259 000 Patienten (92%) fanden Aufnahme in den Häusern für Akutkranke. Von ihnen wurden über 185 000 in Allgemeinen Krankenhäusern, jeweils über 24 000 Kranke in Krankenanstalten für Innere Krankheiten und chirurgischen Kliniken behandelt. Eine verhältnismäßig große Gruppe bilden ferner mit 13 500 Behandlungsfällen die weiblichen Patienten in gynäkologisch-geburtshilflichen Krankenhäusern. Die Zahl dieser Patientinnen hat gegenüber 1961 um reichlich 5% zugenommen, obwohl das Bettenangebot in den Frauenkliniken nur um 4% ausgeweitet wurde. Wie weit sich in dieser Zunahme der Behandlungsfälle die verstärkte Tendenz zur Klinikentbindung ausgewirkt hat, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Die Gesamtzahl der in Krankenhäusern entbundenen Frauen ist aber immerhin um 7% gestiegen (von 24 300 im Jahre 1961 auf 26 000). Damit liegt die Vermutung nahe, daß die Entbindungsfälle in den Fachabteilungen der Allgemeinen Krankenhäuser noch stärker zugenommen haben als die Entbindungen in reinen Frauenkliniken. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß der Anteil der Anstaltsentbindungen an allen Lebend- und Totgeburten weiter gestiegen ist: 1961 wurden 65% aller Kinder in Kliniken geboren, 1962 bereits 68%.

Die Verweildauer der Patienten ist bei den Anstalten jeder Art weiter zurückgegangen. Läßt man die Patienten in psychiatrischen und neurologischen Anstalten unberücksichtigt (für diese Häuser liegt das Zahlenmaterial nicht vollständig vor), so ergibt sich eine Durchschnittsverweildauer von 24 Tagen, gegenüber 1961 eine Verkürzung um einen halben Tag. Am längsten dauerte die Behandlung in den Tbc-Krankenanstalten mit 155 Tagen. Bei den Krankenanstalten für Akutkranke allein betrug die Verweildauer im Durchschnitt 21 Tage. Hier liegen die Orthopädischen Kliniken mit fast 40 Tagen an der Spitze (1961 war dort jeder Patient 32 Tage in stationärer Behandlung). Die kürzesten Verweildauern wurden wieder für die gynäkologisch-geburtshilflichen Kliniken (11 Tage) sowie für HNO-Krankenhäuser (10 Tage) errechnet. Für die Fachabteilungen der allgemeinen Krankenhäuser läßt sich eine durchschnittliche Verweildauer nicht berechnen. Die

EINPENDLER IN IHREN ARBEITSORTEN

Erwerbstätige, die in einer anderen Gemeinde arbeiten als sie wohnen

ERGEBNISSE DER VOLKZÄHLUNG
IN SCHLESWIG-HOLSTEIN
AM 6. JUNI 1961

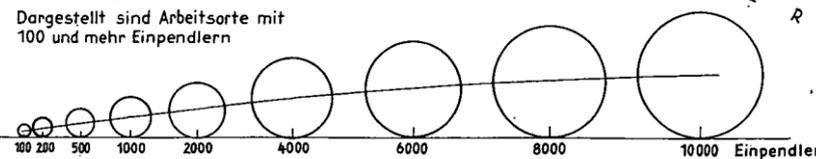


Nach der Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961 sind 234 000 der 986 000 schleswig-holsteinischen Erwerbspersonen nicht in ihrer Wohngemeinde tätig; sie zählen damit zu den sogenannten "Berufspendlern".

Von diesen 234 000 Pendlern verbleiben 164 000 (70%) in Schleswig-Holstein, 70 000 überschreiten auf ihrem Berufsweg täglich die Landesgrenze. Aus Hamburg und Niedersachsen kommen dagegen täglich nur 7 000 Erwerbstätige in unser Land; die meisten sind Hamburger.

In der nebenstehenden Grafik sind die wichtigsten schleswig-holsteinischen Einpendlerzentren dargestellt. Um die Karte übersichtlich zu halten, wurden nur die 151 Gemeinden mit mindestens 100 Einpendlern eingezeichnet. Die Zahl der Einpendler wird durch unterschiedlich große Kreise veranschaulicht. Da allein 70 000 schleswig-holsteinische Pendler in Hamburg tätig sind, ist auch dies Einpendlerzentrum in der Grafik angedeutet worden. Trotz der Beschränkung auf mindestens 100 Einpendler sind 88% der in Gemeinden unseres Landes einpendelnden 171 000 Erwerbstätigen berücksichtigt.

In der Grafik des Monats, die im Februarheft 1964 veröffentlicht wurde, sind die 64 schleswig-holsteinischen Orte mit mehr als 500 erwerbstätigen Einpendlern und die Herkunftsgemeinden der Pendler dargestellt, also die Pendlerströme veranschaulicht. Dem Märzheft 1964 ist eine Grafik beigelegt, die für die kreisfreien Städte und Kreise des Landes die Anteile der Auspendler an den Erwerbspersonen wiedergibt.



70 300 Einpendler nach HAMBURG aus Schleswig-Holstein

Patienten, Pflegetage und Verweildauer

Zweckbestimmung	Stationär behandelte Kranke		Pflegetage		Durchschnittliche Verweildauer (Tage) ¹⁾	
	1961	1962	1961	1962	1961	1962
Allgemeine Krankenanstalt	183 779	185 435	3 872 391	3 894 407	22,0	21,9
Krankenanstalt für Innere Krankheiten	23 442	24 361	585 577	614 836	26,4	26,7
Säuglings- und Kinderkrankenanstalt	2 525	2 743	82 876	82 011	35,0	31,6
Chirurgische Krankenanstalt	25 337	24 303	446 376	415 933	18,2	17,7
Orthopädische Krankenanstalt	1 288	1 267	38 368	46 828	31,6	39,6
Gynäkologisch-geburtshilfliche Krankenanstalt	12 842	13 542	141 254	141 617	11,2	10,6
Krankenanstalt für H.N.O.-Krankheiten	2 897	3 716	29 833	37 862	10,4	10,2
Krankenanstalt für Augenkrankheiten	1 621	1 741	29 152	30 603	18,4	17,9
Krankenanstalt für Haut- und Geschlechtskrankheiten	1 510	1 498	38 770	38 326	26,5	26,5
Krankenanstalt für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten	892	917	12 384	11 828	14,0	13,0
Krankenanstalten für Akutkranke zusammen	256 133	259 523	5 276 981	5 314 251	21,4	21,3
Tuberkulose-Krankenanstalt	7 871	7 803	918 697	869 009	165,7	155,0
Psychiatrische Krankenanstalt	13 320	13 309
Neurologische Krankenanstalt	1 089	1 055
Krankenabteilung in Strafvollzugsanstalten	392	464	6 225	5 444	16,5	12,0
Insgesamt	278 805	282 154	6 201 903	6 188 704	24,7^a	24,3^a

1) 2. Pflegetage
Zugang + Abgang

a) ohne Psychiatrie und Neurologie

für die Fachkliniken ermittelten Werte dürften aber auch für die Abteilungen der gleichen Disziplin anzunehmen sein.

Personal der Krankenanstalten

In den Krankenhäusern arbeiteten Ende 1962 einschließlich der Medizinalassistenten 1 342 Ärzte (Ende 1961: 1 338). Im Durchschnitt ergab sich als Maß für die ärztliche Versorgung in beiden Jahren eine Relation von 19 planmäßigen Betten je Arzt. Läßt man die Medizinalassistenten unberücksichtigt, so stellt sich das Verhältnis auf 22 Betten je Arzt. Diese Werte haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der Anteil der Leitenden und Oberärzte war 1962 etwas größer als 1961 (29% gegenüber 28%).

Die Relation Betten je Arzt ist in den Fachrichtungen verschieden hoch. Zunächst ergibt sich, daß ein Arzt in den Fachkrankenanstalten und den Krankenhäusern mit abgegrenzten Fachabteilungen im Durchschnitt 20 Betten zu betreuen hat, also ein Bett mehr als im Durchschnitt aller Krankenhäuser. Die meisten Betten je Arzt wurden in den psychiatrischen und neurologischen Kliniken und Fachabteilungen mit 76 Betten errechnet. In der Fachrichtung "Tuberkulose" standen 36 Betten je Arzt. In der Chirurgie wurden 15 und in den Abteilungen für Innere Krankheiten (einschl. Infektionskrankheiten) 17 Betten je Arzt ermittelt. Die kleinsten Quotienten ergaben sich für die Disziplin HNO, Augen sowie Haut- und Geschlechtskrankheiten mit jeweils 9 Betten.

Bei den Heilhilfspersonen bilden die Krankenschwestern die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Ende 1962 arbeiteten insgesamt 2 849 ausgebildete Schwestern in den Krankenhäusern. Diese Zahl liegt um 4% unter der von 1961. Bei

Personal der Krankenhäuser

	1961	1962
Leitende Ärzte	218	220
Oberärzte	156	172
Assistenzärzte	538	536
Medizinalassistenten	162	180
Belegärzte	236	219
Sonstige Ärzte	28	15
Ärzte zusammen	1 338	1 342
Krankenschwestern	2 930	2 849
Krankenpfleger	474	494
Kinderkrankenschwestern	340	321
Sonstige Pflegekräfte	1 527	1 685
Schwesternschülerinnen, Pflegeschüler	909	857
Pflegepersonal zusammen	6 180	6 206
Hebammen und -schülerinnen	126	128
dar. hauptberuflich tätig	53	59
Apothekenpersonal	88	84
Krankengymnasten, Masseur	213	235
Medezinisch-technische Hilfskräfte	515	510
Sonstige medizinische Hilfspersonen	236	297
Verwaltungspersonal	984	998
Wirtschaftspersonal	5 656	5 644

den Kinderkrankenschwestern ist ein Rückgang von fast 6% zu verzeichnen. Zurückgegangen ist auch die Zahl der Schwesternschülerinnen und der Krankenpflegeschüler. Vergrößert hat sich die Gruppe der Krankenpfleger und der sonstigen Pflegekräfte, so daß insgesamt eine

leichte Vermehrung des gesamten Pflegepersonals eingetreten ist.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Vergleiche auch: "Krankenanstalten 1960 und 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 55 (Februar) und "Krankenanstalten 1962" in Wirtschaft und Statistik 1964, S. 153 (März)

Die Nutztviehhaltung in Schleswig-Holstein

Teil II

Die Schweinehaltung

Von 1950 bis 1962 ist der Gesamtbestand an Schweinen in Schleswig-Holstein um mehr als die Hälfte angewachsen. Das Schlachtschweineaufkommen stieg von 1 251 000 Tieren im Jahre 1952 auf 2 307 000 im Jahre 1962, innerhalb von 10 Jahren also um rund 85%.

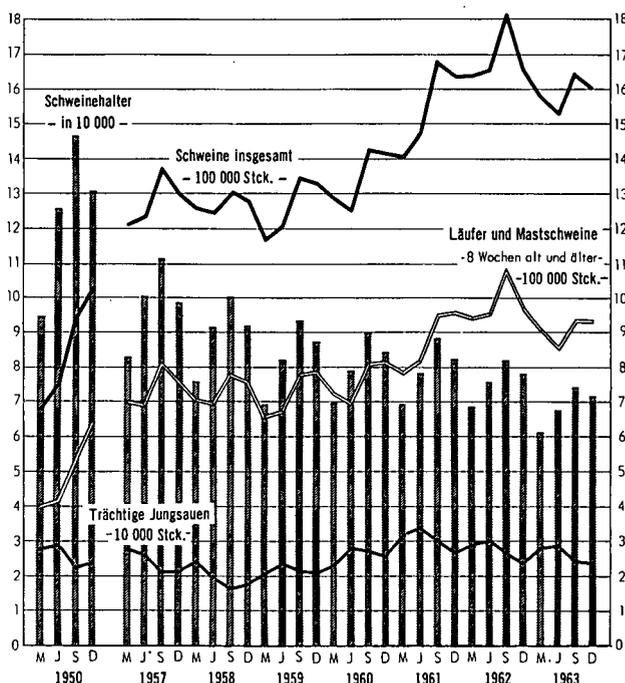
Wie bei allen übrigen Nutztviehart ist auch in der Schweinehaltung eine Konzentration auf weniger Halter mit größeren Beständen festzustellen. Von Dezember 1949 bis Dezember 1963 ging die Zahl der Schweinehalter von rund 133 100 auf 71 600 um 46% zurück. Im Durchschnitt entfielen 1949 auf einen Halter knapp 6 Schweine, 1963 dagegen rund 22.

Wie aus dem Bild ersichtlich ist, unterliegen die Schweinebestände und die Zahl der Schweinehalter jahreszeitlichen Schwankungen. Die höchsten Bestände an Läufern und Mastschweinen sind allgemein bei den September- und Dezemberzählungen festzustellen, die größte Zahl der Schweinehalter bei den Septemberzählungen.

Mit zunehmender Konzentration der Schweinehaltung, besonders der Schweinemast, auf größere Bestände sind die jahreszeitlichen Schwankungen der Schweinebestände und der Schweinehalter geringer geworden. Eine Ausweitung dieses Betriebszweiges ist in den landwirtschaftlichen Betrieben heute zumeist mit mehr oder weniger großen Investitionen (Gebäude, bauliche Anlagen) verbunden. Abschreibungen, Unterhaltung und Zinsansprüche dieser Investitionen erfordern jedoch eine gleichmäßige, ununterbrochene Nutzung der Gebäude und Einrichtungen. Außerdem basiert die Schweinemast heute aus arbeitswirtschaftlichen Gründen zunehmend auf zugekauften Misch-

D-3392

SCHWEINEHALTER UND SCHWEINEBESTÄNDE



futtermitteln und ist nicht mehr vom Futteranfall des eigenen Betriebes abhängig.¹

Auch die Sauenhaltung und Ferkelproduktion ist bei moderner Haltings- und Aufzuchtform weniger stark von der jahreszeitlichen Witterung abhängig.

Weiterhin zeigen die Ergebnisse der Viehzählungen, daß die Zuwachsraten, auf jeden Fall aber die Richtung der Bestandsveränderungen der Läufer und Mastschweine und damit auch des Schlachtschweineaufkommens in den letzten Jahren mit einer Phasenverschiebung von etwa einem Vierteljahr mit den Zuwachsraten bzw. der Richtung der Bestandsänderungen der trächtigen Jungsauen übereinstimmen.

1) die Zahl der Schweinehalter, die nur für den Eigenbedarf 1 oder 2 Schweine mästen, nimmt dagegen ab, wodurch die geringeren Schwankungen in der Zahl der Schweinehalter zu erklären sind

Die Schweinehaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben

Die Struktur der Schweinehaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben ist aus den Ergebnissen der Landwirtschaftszählungen zu erkennen. Schweinehalter mit weniger als 0,5 ha Betriebsfläche werden dabei nicht erfaßt. Ein Vergleich der Ergebnisse der LBZ 1949 und der LZ 1960 mit denen der nächstliegenden Viehzählungen zeigt, daß die Zahl dieser Schweinehalter abgenommen hat. In den meisten Fällen dürfte es sich um ländliche Haushalte (Deputatarbeiter, Handwerker usw.) handeln, die ein oder zwei Schweine für den Eigenbedarf mästen. Mit besseren Verdienstmöglichkeiten der betreffenden Personengruppen und besserer Versorgungslage ist der Anreiz zur Selbstversorgung mit Schweinefleisch entsprechend geringer geworden.

Die Zahl der rein gewerblichen Schweinehalter mit größeren Beständen, aber weniger als 0,5 ha Betriebsfläche dürfte insgesamt nicht von großem Gewicht sein.

Durch die LBZ 1949 wurden 42% aller Schweinehalter und 77% der Schweinebestände, durch die LZ 1960 59% aller Schweinehalter und 94% der Schweinebestände erfaßt. Von den Zuchtsauenbeständen wurden in beiden Zählungen 96% erhoben.

Schweinehalter und Schweinebestände in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

	1939	1949	1960
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe insgesamt¹⁾	67 524	67 704	61 869
Betriebe mit Schweinehaltung	53 500	58 616	46 569
Betriebe mit Zuchtsauenhaltung	28 826	31 507	32 615
Schweine insgesamt	679 119	407 742	1 173 934
Zuchtsauen	88 971	69 437	141 492

1) mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche

Während der Kriegs- und Nachkriegsjahre nahm die Zahl der schweinehaltenden Betriebe aus den Bestrebungen zur Selbstversorgung zu. Gleichzeitig verringerte sich der Gesamtbestand an Schweinen. Es ging daher die durchschnittliche Zahl der Schweine pro Betrieb von 13 im Jahre 1939 auf 7 im Jahre 1949 zurück. Von 1949 bis 1960 setzte dann die bereits erwähnte Konzentration ein. Rund 20% der Betriebe gaben die Schweinehaltung auf, der Gesamtbestand an Schweinen wuchs in der gleichen Zeit um fast 190%. 1960 hielt daher im Durchschnitt jeder Betrieb 25 Schweine.

Etwas anders verlief die Entwicklung bei der Zuchtsauenhaltung. Die Zahl der Betriebe mit Zuchtsauenhaltung nahm auch noch von 1949 bis

1960 zu. Die Zuchtsauenbestände veränderten sich wie die Gesamtbestände an Schweinen. Einer Einschränkung während der Kriegs- und Nachkriegsjahre folgte ein starker Anstieg von 1949 bis 1960 auf mehr als das Doppelte.

Bei den Zuchtsauen ist daher bei weitem keine so starke Konzentration auf weniger und größere Bestände eingetreten wie bei der Schweinehaltung allgemein; die Bestände haben sich vorwiegend bei Mastschweinen vergrößert. Auch waren es nicht Sauenhalter, sondern Betriebe mit kleinen Mastschweinebeständen, die die Schweinehaltung gänzlich aufgaben.

Die Verbreitung der Schweinehaltung in den Betriebsgrößenklassen

Größenklasse nach der LN in ha	Anzahl der Betriebe ¹⁾ mit				Von 100 land- und forstw. Betrieben ¹⁾ hielten			
	Schweine überhaupt		Zuchtsauen		Schweine überhaupt		Zuchtsauen	
	1949	1960	1949	1960	1949	1960	1949	1960
0 - 20	39 308	26 439	14 784	16 028	82	65	31	40
20 - 50	15 894	16 798	13 568	13 900	98	95	84	78
50 - 100	2 839	2 853	2 602	2 297	98	93	90	75
100 und mehr	575	479	553	390	98	84	94	68
Insgesamt	58 616	45 569	31 507	32 615	87	74	47	53

1) mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche

Von 1949 bis 1960 ist die Anzahl der schweinehaltenden Betriebe am stärksten in der unteren Größenklasse zurückgegangen. Zwar hat die Zahl der schweinehaltenden Betriebe in den mittleren Größenklassen etwas zugenommen, der Anteil schweinehaltender Betriebe an der Gesamtzahl land- und forstwirtschaftlicher Betriebe ist aber auch hier etwas kleiner geworden.

Dabei ist jedoch eine gegensätzliche Entwicklung der Zuchtsauenhaltung einerseits und der Schweinemast andererseits festzustellen. Es sind zwar keine eingehenden Zahlen über die Mastschweinehaltung in den einzelnen Größenklassen direkt vorhanden, aus den Zahlen über die Schweinehaltung allgemein und über die Zuchtsauenhaltung kann jedoch indirekt auf die Entwicklung der Schweinemast geschlossen werden.

In Kleinbetrieben unter 20 ha LN hat von 1949 bis 1960 die Sauenhaltung stark an Bedeutung gewonnen, die Schweinemast dagegen verloren. Für die Zuchtsauenhaltung erscheinen Betriebe dieser Größe besonders von der Arbeitsverfassung und Arbeitskapazität her gesehen auch ganz besonders prädestiniert. Für eine rentable Schweinemast, die wesentlich größere Bestände

erfordert, fehlt es den Kleinbetrieben zumeist an Kapital, das für die Aufstockung der Bestände, vor allem aber für die Erstellung von Gebäuden erforderlich wäre. Außerdem laufen Kleinbetriebe bei Ausweitung der Schweinemast besonders schnell Gefahr, steuerlich als gewerbliche Schweinemäster eingestuft zu werden.

In den mittel- und großbäuerlichen wie auch in den Großbetrieben nahm vor allem die Zahl der sauenhaltenden Betriebe ab, die Zahl reiner Mastbetriebe stieg dagegen an. Auf Grund der Verknappung und Verteuerung der Arbeitskräfte fällt es mittleren und größeren Betrieben zunehmend schwerer, arbeitsintensive Betriebszweige wie die Sauenhaltung noch zu halten. Schweinemast, besonders in Großbeständen, läßt sich andererseits bei zweckmäßig eingerichteten Gebäuden mit relativ niedrigem Arbeitsaufwand durchführen. Das erforderliche Kapital für größere Bestände und für Gebäude ist von größeren Betrieben zumindest leichter aufzubringen als von Kleinbetrieben. Leider sind Angaben über die Verteilung der Zuchtsauen auf die einzelnen Bestandsgrößen nicht vorhanden.

Die Verteilung der Schweine und Zuchtsauen auf die Betriebsgrößenklassen

Größenklasse nach der LN in ha	Schweine insgesamt einschl. Ferkel		darunter Zuchtsauen	
	1949	1960	1949	1960
Insgesamt (Anzahl)	407 742	1 173 934	69 437	141 492
davon in %				
0 - 20	38,0	30,6	32,9	33,7
20 - 50	41,7	47,7	45,4	48,7
50 - 100	12,5	14,7	13,1	12,0
100 und mehr	7,8	7,0	8,6	5,6

In der Verteilung der Schweinebestände auf die Betriebsgrößenklassen ergibt sich infolge der unterschiedlichen Bestandsgrößen ein etwas anderes Bild als in der Verteilung der sauenhaltenden Betriebe.

Die Zahl der Schweine wie auch der Zuchtsauen allein hat sich von 1949 bis 1960 in allen Größenklassen erhöht. Fast die Hälfte aller Schweine waren in den mittelbäuerlichen Betrieben mit 20-50 ha LN zu finden. Diese Gruppe konnte - mit steigendem Anteil an der Gesamtzahl land- und forstwirtschaftlicher Betriebe - ihren Anteil sowohl am Gesamt-Schweinebestand als auch am Zuchtsauenbestand von 1949 bis 1960 vergrößern. Bei den Kleinbetrieben unter 20 ha LN sank der Anteil am Gesamtbestand von 38,0 auf 30,6%. In der gleichen Zeit war auch der Anteil dieser Größenklasse an der Gesamtzahl land- und forstwirtschaftlicher Betriebe erheblich zurückgegangen. Dabei stieg jedoch der Anteil am Zuchtsauenbestand etwas an, so daß

die Bedeutung der Kleinbetriebe lediglich in der Schweinemast abgenommen hat.

Entgegengesetzt verlief die Entwicklung bei den großbäuerlichen Betrieben von 50 - 100 ha LN, deren Anteil an den Zuchtsauenbeständen abnahm, während sie ihren Anteil an den Gesamtbeständen und damit an der Mastschweineproduktion ausbauen konnten.

Die Betriebe von 100 und mehr ha LN, deren Zahl insgesamt nur recht klein ist (nur rund 1% aller Betriebe hat 100 und mehr ha LN in Bewirtschaftung), haben zwar absolut ihre Schweinebestände ebenfalls mehr als verdoppelt, ihr Anteil an den Gesamtbeständen, besonders an den Zuchtsauenbeständen, ging jedoch zurück.

Wie in allen Zweigen intensiver Nutztierhaltung ist die Rentabilität der Schweinemast wie auch der Zuchtsauenhaltung unter anderem von der Größe des einzelnen Bestandes abhängig. Hinsichtlich der Arbeitswirtschaft sind bestimmte Mindestbestände erforderlich, die auch eine sinnvolle Technisierung ermöglichen. Werden bestimmte Mindestbestandsgrößen nicht erreicht, erhöhen sich die Stückkosten und mindern die Rentabilität dieses Betriebszweiges.

Die arbeitswirtschaftlich anzustrebenden Mindestbestandsgrößen dürften bei etwa 10 - 15 Zuchtsauen und bei etwa 100 Mastschweinen liegen. Bei kombinierter Sauen- und Mastschweinehaltung sind diese Grenzen - insbesondere bei den Zuchtsauenbeständen - nicht so klar zu bestimmen. In der Praxis überwiegt die kombinierte Haltung. Reine Mastbetriebe sind daneben häufiger anzutreffen als reine Zuchtbetriebe.

Nach Bestandsgrößen sind die Mastschweinebestände bisher nicht festgestellt worden. Es kann daher keine Aussage über die Struktur dieses Betriebszweiges gemacht werden.

Für die Zuchtsauenhaltung liegen dagegen für 1949 und 1960 Aufgliederungen der Zahl der Betriebe nach Bestandsgrößen und nach Größenklassen der LN vor, wobei leider auch nicht zu ersehen ist, inwieweit es sich bei den erfaßten Betrieben um reine Zuchtbetriebe oder um Betriebe mit kombinierter Schweinemast und -zucht handelt.

Zwar wurden Betriebe mit mehr als 10 Zuchtsauen nicht weiter untergliedert, die vorhandenen Ergebnisse lassen jedoch die Struktur der Sauenhaltung und deren Veränderungen ausreichend erkennbar werden.

Von 1949 bis 1960 wurde in allen Betriebsgrößenklassen die Durchschnittsgröße der Sauenbestände angehoben. Die Zahl und der Anteil größerer Bestände stiegen an. Von allen sauenhaltenden Betrieben hielten allerdings auch

Die Bestandsgrößen der Zuchtsauenhaltung in den Betriebsgrößenklassen

Größenklasse nach der LN in ha	Betriebe ¹ mit Zuchtsauen überhaupt		davon mit Beständen von ... Zuchtsauen in %						Zuchtsauen je Betrieb	
			1 - 5		6 - 10		11 und mehr			
	1949	1960	1949	1960	1949	1960	1949	1960	1949	1960
0 - 20	14 784	16 028	99,2	89,3	0,7	9,4	0,1	1,3	2	3
20 - 50	13 568	13 900	96,3	68,5	3,5	25,1	0,2	6,4	2	5
50 - 100	2 602	2 297	84,9	44,3	13,2	34,7	1,9	21,0	3	7
100 und mehr	553	390	32,0	15,9	29,1	18,5	38,9	65,6	11	20
Insgesamt	31 507	32 615	95,6	76,4	3,4	17,9	1,0	5,7	2	4

1) mit 0,5 und mehr ha LN

1960 erst knapp 6% mehr als 10 Zuchtsauen, 1949 war es 1%. Allein bei Betrieben ab 100 ha LN überwiegen solche mit 11 und mehr Zuchtsauen. In Betrieben unter 20 ha LN dagegen hielten 1960 noch fast 90% der sauenhaltenden Betriebe 1 - 5 Sauen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß nur in relativ wenigen Fällen die Sauenhaltung als selbständiger Betriebszweig aufgefaßt und betrieben wird; meist läuft sie mehr oder weniger nebenher. Wieviele Betriebe ausschließlich Ferkel zum Verkauf produzieren, sich also auf die Zuchtsauenhaltung spezialisiert und entsprechend eingerichtet haben, ist aus dem vorhandenen Zahlenmaterial nicht zu ersehen. In weitaus den meisten Fällen dürfte jedoch Sauenhaltung und Schweinemast gleichzeitig betrieben werden. Die arbeitswirtschaftlich anzustrebenden Mindestbestandsgrößen werden nur von relativ wenigen Betrieben erreicht.

Innerhalb Schleswig-Holsteins bestehen bedeutende regionale Unterschiede im Umfang und in der Verbreitung der Schweinehaltung.

Von 1949, als noch in allen Kreisen der weitaus größte Teil der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Schweine hielt, z. T. nur zur Selbstversorgung, bis 1960 hat die Zahl schweinehaltender Betriebe überall mehr oder weniger stark abgenommen, besonders in den Kreisen Eiderstedt und Pinneberg. Hier hielten 1960 nur noch 52 bzw. 57% aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Schweine. In beiden Kreisen ist der Anteil von Kleinbetrieben an der Gesamtzahl landwirtschaftlicher Betriebe relativ hoch. Im Kreis Eiderstedt dürfte vor allem die große Zahl der reinen Grünlandbetriebe, die sehr oft über keine ausreichenden Gebäude für eine rentable Schweinehaltung verfügen, der Grund für die geringe Verbreitung der Schweinemast und der Sauenhaltung sein. Darüber hinaus wirkt sich in Eiderstedt der relativ niedrige Ackerland-Anteil, der früher einmal entscheidend für den Umfang der Schweinehaltung war, auch heute noch in der

Die Verbreitung der Schweinehaltung in den Kreisen

Kreis	Von 100 land- und forstwirtschaftl. Betrieben ¹ hielten				Schweine je Betrieb	
	Schweine überhaupt		Zuchtsauen			
	1949	1960	1949	1960	1949	1960
Stadtkreise	64	50	24	25	6	18
Eckernförde	90	81	58	63	10	34
Eiderstedt	71	52	20	31	3	13
Eutin	84	69	42	44	8	22
Flensburg-Land	89	83	53	60	7	34
Hzgl. Lauenburg	88	79	50	54	9	26
Husum	84	78	45	53	5	19
Norderdithmarschen	86	72	50	55	6	18
Oldenburg (Holstein)	91	81	43	48	8	20
Pinneberg	85	57	40	34	7	24
Plön	91	80	50	58	9	26
Rendsburg	89	77	49	57	7	24
Schleswig	87	81	51	60	7	31
Segeberg	90	81	48	61	7	30
Steinburg	89	78	50	55	7	31
Stormarn	86	74	48	49	8	25
Süderdithmarschen	89	73	51	51	6	21
Südtondern	82	73	33	48	3	14
Schleswig-Holstein	87	75	47	53	7	25

1) mit 0,5 und mehr ha LN

Einstellung der Bauern zur Schweinehaltung aus. Weiterhin sind im Kreis Eiderstedt fast nur kleine Einzelbestände zu finden. Die durchschnittliche Bestandsgröße war mit 13 Schweinen pro Betrieb nur etwa halb so groß wie im Durchschnitt des Landes.

Im Kreis Pinneberg dürfte es vor allem die große Zahl von Betrieben mit Sonderkulturen und von Nebenerwerbsbetrieben sein, die die Schweinehaltung aufgegeben hat, vor allem Betriebe mit Kleinbeständen zur Selbstversorgung. Am stärksten verbreitet war 1960 die Schweinehaltung in den Kreisen Flensburg-Land, Eckernförde, Schleswig, Segeberg und Oldenburg. Dabei war im Kreis Oldenburg die Sauen-

haltung weniger, d.h. mehr die Schweinemast verbreitet.

Die durchschnittliche Bestandsgröße lag in den Kreisen Flensburg-Land und Eckernförde weit über dem Landesdurchschnitt, in den Kreisen Eiderstedt und Südtondern, daneben in Husum und Norderdithmarschen erheblich darunter.

Zusammenfassend sind also in den Kreisen der Westküste nicht nur eine geringere Verbreitung der Schweinehaltung, sondern auch kleinere Einzelbestände festzustellen.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Die Entwicklung der Nutztierhaltung" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 36 (Februar)

Betriebe und Beschäftigte in der schleswig-holsteinischen Industrie 1961 bis 1963

In der jährlichen Totalerhebung werden alle Industriebetriebe des Landes erfaßt ohne Rücksicht darauf, wie groß sie sind. Nach den Ergebnissen der Erhebung vom 30. September 1963 gab es in Schleswig-Holstein knapp 2 800 Industriebetriebe mit rund 180 000 Beschäftigten. Während von 1961 bis 1962 die Zahl der Beschäftigten nahezu konstant blieb, ist sie zum September 1963 leicht zurückgegangen, und zwar um rund 1 600 Personen (- 1%). Die Zahl der Betriebe hat sich in den betrachteten drei Jahren kaum verändert.

In den einzelnen Bereichen war die Entwicklung recht unterschiedlich: Im Schiffbau z. B. verringerte sich die Beschäftigtenzahl von 26 600 Ende September 1961 um mehr als 3 000 (- 12%) auf 23 400 Ende September 1963. Im Maschinenbau, dessen Beschäftigtenzahl von 1961 bis 1962

noch um etwa 800 Personen angestiegen war, trat seitdem ein deutlicher Rückgang um etwa 1 200 Personen auf 19 500 Beschäftigte ein. Ebenfalls rückläufig war die Beschäftigtenzahl in der Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik. In der ledererzeugenden und -verarbeitenden Industrie sowie in der Textil- und Bekleidungsindustrie nahmen die Beschäftigten von 1961 zu 1962 um etwa 10% ab, stiegen aber bis zum September 1963 leicht an. Demgegenüber stiegen in den Industriezweigen, die als "Sonstige Metallverarbeitung" zusammengefaßt wurden, die Beschäftigtenzahlen von 1961 bis 1962 geringfügig an; von 1962 bis 1963 war die Beschäftigtenentwicklung hier deutlich lebhafter (+ 7%). Zunehmende Beschäftigtenzahlen waren auch bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie festzustellen.

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz in den wichtigen Industriegruppen 1961 – 1963

Industriegruppe (nach hauptbeteiligten Industriezweigen)	Betriebe jeweils am 30. 9.			Beschäftigte jeweils am 30. 9.			Umsatz (in 1 000 DM)	
	1961	1962	1963	1961	1962	1963	Sept. 1961	Sept. 1963
Nahrungs- und Genußmittel	1 013	1 003	990	28 794	28 995	29 510	231 089	253 556
Schiffbau	22	22	22	26 609	25 570	23 390	83 336	94 165
Maschinenbau	163	174	167	20 010	20 768	19 510	42 081	49 133
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	107	104	103	19 281	19 547	18 718	34 914	40 819
Sonstige Metallverarbeitung	203	206	206	19 905	21 025	22 442	55 518	64 812
Ledererzeugung, Lederverarbeitung, Schuhe, Textil und Bekleidung	313	307	299	22 421	20 077	20 251	52 557	61 993
Steine und Erden	266	269	279	9 221	8 974	8 676	35 038	42 780
Erdölgewinnung, Mineralölverarbeitung, Chemie	145	145	147	8 938	9 372	9 176	52 623	71 053
Papier und Druck	234	240	240	12 797	13 541	14 070	38 458	50 029
Zusammen	2 466	2 470	2 453	167 976	167 869	165 743	625 644	728 341
Gesamte Industrie	2 765	2 779	2 764	181 356	181 624	179 979	663 010	769 803

Industriebeschäftigte in den kreisfreien Städten und Kreisen
1962 und 1963

KREISFREIE STADT Kreis	Beschäftigte		Veränderung	
	am 30.9.1962	am 30.9.1963	absolut	in %
FLensburg	7 584	6 868	- 716	- 9
KIEL	34 547	32 770	- 1 777	- 5
LÜBECK	35 998	35 010	- 988	- 3
NEUMÜNSTER	13 073	12 835	- 238	- 2
Kreisfreie Städte zusammen	91 202	87 483	- 3 719	- 4
Eckernförde	1 936	1 995	+ 59	+ 3
Eiderstedt	427	450	+ 23	+ 5
Eutin	4 601	4 576	- 25	- 1
Flensburg-Land	1 010	843	- 167	- 17
Hzgt. Lauenburg	9 258	8 913	- 345	- 4
Husum	1 030	1 066	+ 36	+ 3
Norderdithmarschen	1 393	1 419	+ 26	+ 2
Oldenburg (Holstein)	1 286	1 312	+ 26	+ 2
Pinneberg	20 615	21 956	+ 1 341	+ 7
Plön	2 559	2 577	+ 18	+ 1
Rendsburg	10 148	9 835	- 313	- 3
Schleswig	4 726	4 459	- 267	- 6
Segeberg	5 355	5 402	+ 47	+ 1
Steinburg	10 939	11 235	+ 296	+ 3
Stormarn	8 895	10 267	+ 1 372	+ 15
Süderdithmarschen	5 187	5 129	- 58	- 1
Südtondern	1 057	1 062	+ 5	+ 0
Kreise zusammen	90 422	92 496	+ 2 074	+ 2
Schleswig-Holstein	181 624	179 979	- 1 645	- 1

Bei der Betrachtung der Beschäftigtenentwicklung in den einzelnen Gebieten ist bemerkenswert, daß die vier kreisfreien Städte von September 1962 bis September 1963 - innerhalb Jahresfrist - mehr als 3 700 Industriebeschäftigte verloren haben. In der gleichen Zeit konnten die Kreise zusammengenommen eine Erhöhung der Beschäftigten um etwa 2 100 Personen erreichen. Damit haben die Kreise erstmalig mehr Industriebeschäftigte, und zwar

rund 5 000, als die kreisfreien Städte aufzuweisen. Ende September 1962 hatten die kreisfreien Städte noch ein leichtes Übergewicht.

Der Rückgang der Beschäftigtenzahl ist in allen vier kreisfreien Städten festzustellen, am stärksten jedoch in Flensburg (- 9%). Auch der mit der Stadt Flensburg in enger wirtschaftlicher Wechselbeziehung stehende Kreis Flensburg-Land hatte überdurchschnittliche Beschäftigteneinbußen zu verzeichnen (- 17%). Mit außergewöhnlichen Beschäftigtenzunahmen treten die Kreise Stormarn und Pinneberg hervor. In Stormarn stieg die Zahl der in der Industrie beschäftigten Personen innerhalb eines Jahres um über 15%! Die Mehrzahl der Kreise hat Beschäftigtenzunahmen erreicht. Nennenswert weniger Beschäftigte wurden außer im Kreis Flensburg-Land nur noch in den Kreisen Schleswig (- 6%), Hzgt. Lauenburg (- 4%) und Rendsburg (- 3%) festgestellt.

Die Aufgliederung der Betriebe nach der Zahl ihrer Beschäftigten ergibt - wie nicht anders zu erwarten -, daß ein großer Teil der Industriebetriebe, nämlich fast die Hälfte, Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten sind. Von der Zahl der Beschäftigten her gesehen, die dort Arbeitsplatz und Einkommen finden, sind sie verhältnismäßig unbedeutend; nur etwa 3% aller Industriebeschäftigten des Landes arbeiten in den Kleinbetrieben.

Rund vier Zehntel der Betriebe haben zwischen 10 und 99 Beschäftigte. Zusammengenommen sind gute ein Fünftel aller Beschäftigten in dieser mittleren Gruppe tätig. 341 Betriebe oder 12% aller Betriebe hatten jeweils 100 und mehr Beschäftigte; zu diesen "Großbetrieben" gehörten ungefähr drei Viertel der überhaupt vorhandenen Industriebeschäftigten.

Einige Industriezweige mit stärkerem Kleinbetrieblichen Einschlag sind in der folgenden

Betriebe und Beschäftigte nach Größenklassen

Betriebe mit ... Beschäftigten	Betriebe				Beschäftigte			
	30. Sept. 1962	30. Sept. 1963		Veränd. gegenüber 1962	30. Sept. 1962	30. Sept. 1963		Veränd. gegenüber 1962
		Anzahl	in %			absolut	Anzahl	
1	194	180	7	- 14	194	180	0	- 14
2 - 4	683	653	24	- 30	1 986	1 910	1	- 76
5 - 9	448	462	17	+ 14	2 999	3 060	2	+ 61
10 - 19	384	393	14	+ 9	5 358	5 504	3	+ 146
20 - 49	459	470	17	+ 11	14 517	14 950	8	+ 433
50 - 99	277	265	10	- 12	19 431	18 342	10	- 1 089
100 - 199	165	166	6	+ 1	22 993	22 714	13	- 279
200 - 499	101	107	4	+ 6	29 514	31 492	17	+ 1 978
500 - 999	45	44	2	- 1	30 842	29 027	16	- 1 815
1 000 und mehr	23	24	1	+ 1	53 790	52 800	29	- 990
Insgesamt	2 779	2 764	100	- 15	181 624	179 979	100	- 1 645

Übersicht gesondert dargestellt.

Industriezweige mit überdurchschnittlich hohem Gewicht der Kleinbetriebe

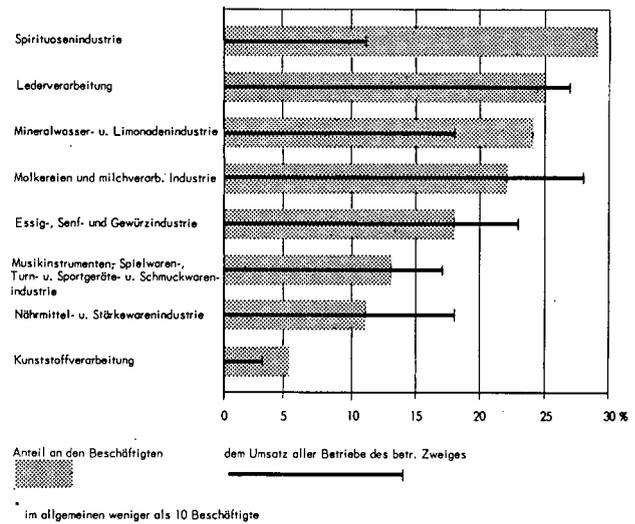
Betriebe, die jährlich nur einmal, nämlich zur Totalerhebung berichten (Jahresmelder) und Betriebe, die erstmals zur Industrieberichterstattung herangezogen werden

Ausgewählter Industriezweig	Betriebe		Beschäftigte
	am 30. 9. 1963		
	Ins-gesamt	Kleinbetriebe	in Kleinbetrieben
Gesamte Industrie	2 764	1 223	5 474
darunter			
Spirituosenindustrie	101	74	228
Mineralwasser- und Limonadenindustrie	81	66	216
Molkereien u. milchverarbeitende Industrie	460	308	997
Essig-, Senf- und Gewürzindustrie	17	12	42
Musikinstrumenten, Spielwaren-, Turn- u. Sportgeräte- und Schmuckwarenindustrie	17	9	37
Lederverarbeitung	9	6	29
Kunststoffverarbeitung	44	19	81
Nähmittel- u. Stärkeindustrie	12	7	27

In der Spirituosenindustrie entfallen nahezu drei Zehntel aller Beschäftigten dieses Industriezweiges auf Kleinbetriebe. Von den Beschäftigten der lederverarbeitenden Industrie, der Mineralwasser- und Limonadenindustrie und den Molkereien sind etwa ein Viertel in

D-3389

Das Gewicht der Kleinbetriebe in ausgewählten Industriezweigen



Kleinbetrieben tätig. Am Septemberumsatz 1963, der für die gesamte Industrie 770 Mill. DM ausmachte, sind die Kleinbetriebe mit 31 Mill. DM oder 4% beteiligt. Bei den Molkereien ist der Umsatzanteil der Kleinbetriebe mit 28% überdurchschnittlich hoch, was nicht zuletzt auf die Kapitalintensität dieser Betriebe zurückzuführen sein dürfte.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Das Steueraufkommen in Schleswig-Holstein steigt weiterhin stark an

Im Jahre 1963 kamen in Schleswig-Holstein insgesamt 2 806 Mill. DM an Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern auf; das ist gegenüber dem Vorjahr ein Mehraufkommen von 174 Mill. DM oder 7%. In den letzten 5 Jahren ergibt sich eine Zuwachsquote von insgesamt 59%.

Das Bundessteueraufkommen

Auf die Bundessteuern entfielen davon 1 635 Mill. DM, das sind 58,3% des gesamten Aufkommens. Auf das Land entfielen 28,2% und auf die Gemeinden 13,6%; damit hat sich der Steueranteil des Bundes gegenüber dem Vorjahr (1955: 66,6%, 1959: 63,2%, 1962: 59,2¹⁾) weiter verringert.

1) Vergleiche auch: "Das Steueraufkommen in Schleswig-Holstein im Jahre 1962", Stat. Monatsh. S.-H., 1963, S. 200 (Juli)

Von allen drei Steuerarten weist das Bundessteueraufkommen mit 5% die geringste Zuwachsquote auf. Sie wäre noch geringer gewesen, nämlich nur 3%, wenn nicht ab 1963 der Anteil des Bundes an den Steuern vom Einkommen erhöht worden wäre. Er betrug in den fünf vorhergehenden Jahren 35% und ist für 1963 auf 38% festgelegt worden.

Ertragreichste Steuer in Schleswig-Holstein ist nach wie vor die Umsatzsteuer, die allein 523 Mill. DM erbrachte und gegenüber dem Vorjahr ein Mehraufkommen von 13 Mill. DM hatte. Das Tabaksteueraufkommen ist in Schleswig-Holstein um ein Zehntel gegenüber dem Vorjahr gesunken, und zwar von 461 Mill. DM auf 417 Mill. DM. Das ist jedoch nicht auf eine Verminderung des Tabakverbrauchs zurückzuführen. Im gesamten Bundesgebiet stieg das

Aufkommen im Gegenteil um weitere 106 Mill. DM oder 2,5%. Das Aufkommen an Tabaksteuer steht mit 4,3 Mrd. DM im Jahre 1963 hinter der Umsatzsteuer im Bundesgebiet an zweiter Stelle. Es ist in seiner Höhe von der Menge der angekauften Steuerbanderolen der Tabakindustrie und damit auch von dem Standort dieser Industrie abhängig.

Auch an Zöllen sind in Schleswig-Holstein um 21 Mill. DM weniger aufgekommen als 1962, nämlich 79 Mill. DM; auch hier ist die Entwicklung im Bundesgebiet gegenläufig. Die Zolleinnahmen stiegen dort um 193 Mill. DM oder knapp 6% auf 3,64 Mrd. DM. Allerdings ist auch hier die Zuwachsrate bedeutend geringer als in den Vorjahren (1961: + 45%, 1962: + 10%). Die geringeren Zuwachsquoten im Bundesgebiet und die Einnahmeminderung in Schleswig-Holstein sind eine Folge der Vereinbarungen im EWG-Raum, die den langsamen Abbau der Zölle zwischen den Vertragsländern vorsehen; aus den steigenden Einfuhren und sinkenden Zöllen ergeben sich nur noch geringe Zuwachsraten. Seit August 1962 werden neben den verminderten Zöllen Abschöpfungsbeträge erhoben. Diese Abschöpfungsbeträge werden nicht als Einnahmen den Zöllen, sondern einer anderen Haushaltsstelle zugeschlagen. Sie beliefen sich 1963 in Schleswig-Holstein allein auf 30 Mill. DM.

Das Landessteueraufkommen

Dem Land flossen insgesamt 791 Mill. DM an eigenen Steuern zu; das bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Mehraufkommen um 63 Mill. DM oder 8,7%. Bei einem gegenüber dem Vorjahr unveränderten Anteil des Landes an den Steuern vom Einkommen hätte sich das Steueraufkommen auf 821 Mill. DM erhöht, die Zuwachsquote hätte in diesem Fall 12,8% betragen. Durch den höheren Bundesanteil büßte das Land 30 Mill. DM ein. Hinzu kommt als Folgewirkung noch eine Verminderung der Zuweisungen aus dem horizontalen Länderfinanzausgleich in Höhe von 10,3 Mill. DM. Dieser Einnahmeausfall wird infolge des Steuerverbundes im kommunalen Finanzausgleich mit rund 8,4 Mill. DM an die Gemeinden weitergegeben.

Die gegenüber den Bundessteuern günstigere Entwicklung bei den Landessteuern ergibt sich daraus, daß das Land über Steuern mit höherer Zuwachsquote verfügt; die Kraftfahrzeugsteuer z. B. erhöhte sich um 10,2 Mill. DM auf 84 Mill. DM und wies mithin eine Steigerung von 14% auf².

Den stärksten Anstieg unter den wichtigen Steuern hatte die Lohnsteuer aufzuweisen, die

im Jahre 1963 ihr Aufkommen um 63 Mill. DM, mithin um 17%, verbessern konnte. Mit 432 Mill. DM hat sie das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer (445 Mill. DM) nahezu erreicht; deren Zuwachsquote betrug 1963 nur 12%. Die Einkommensteuer hatte in den letzten drei Jahren stets weniger zugenommen als die Lohnsteuer. Noch im Jahre 1959 erreichte das Lohnsteueraufkommen nur 72% des Aufkommens an veranlagter Einkommensteuer. Im Laufe der folgenden Jahre holte die Lohnsteuer ständig auf. Sie lag 1961 mit 84%, 1962 mit 93% und 1963 schließlich mit 97% nur noch knapp hinter dem Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer. - Es gibt einige Gründe für diese Annäherung: ein gewichtiger Grund ist, daß infolge der gestiegenen Löhne und Gehälter und der damit höheren steuerabzugsfreien Beträge wie z. B. Beiträge zur Kranken- und Sozialversicherung immer mehr Lohnsteuerpflichtige einen Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich stellen konnten. Eine große Zahl von Gehalts-, Lohn- und Pensionsempfängern machte aber von ihrem Recht keinen Gebrauch, sei es aus Unkenntnis der für diese Steuerpflichtigen zu komplizierten Steuerbestimmungen, sei es, weil die zu erwartende Rückerstattung zuviel gezahlter Steuern zu gering erschien und man deshalb auf einen Antrag verzichtete oder sei es, weil man den Gang zur Behörde überhaupt scheute.

Viele unselbständig beschäftigte Schleswig-Holsteiner haben dem Staat auf Grund der nicht übersehbaren Steuerbestimmungen ein mehr oder weniger großes Geldgeschenk gemacht. Das gilt auch für die veranlagten Steuerpflichtigen, soweit sie ihre Rechte in der Einkommensteuererklärung nicht geltend gemacht haben. Die Summe dieser Steuergeschenke dürfte - trotz aller Hinweise in den Tageszeitungen - auch im Jahre 1963 noch einen namhaften Betrag ausgemacht haben. Da der veranlagte Einkommensteuerpflichtige auf jeden Fall eine Steuererklärung abgeben muß, häufig auch einem Steuerberater seine Veranlagung überläßt, dürften Steuergeschenke der Einkommensteuerpflichtigen nicht so häufig wie bei den Lohnsteuerpflichtigen gewesen sein.

Das Körperschaftsteueraufkommen belief sich im Jahre 1963 auf 124 Mill. DM und hat damit einen Zuwachs gegenüber 1962 von einem Zehntel zu verzeichnen.

Im Bundesgebiet sind die Zuwachsquoten Schleswig-Holsteins bei den Landessteuern nicht erreicht worden; dort ergab sich eine Zuwachsquote von insgesamt nur 3%. Die Kraftfahrzeugsteuer hatte ein um 13% höheres Aufkommen, die Steigerung war etwa gleich hoch wie in Schleswig-Holstein. Die Lohnsteuer hatte eine Zuwachsquote von 12%, die veranlagte Einkommensteuer von 10%. Beide Steuern vom

2) Eine eingehende Untersuchung der Aufkommensentwicklung an Kraftfahrzeugsteuern ist veröffentlicht in den Stat. Monatsh. S.-H., 1963, S. 339 (November)

Einkommen liegen also in ihrer Zuwachsquote unter der von Schleswig-Holstein. Die Körperschaftsteuer hat das Aufkommen des Vorjahres sogar nur zu 99% erreichen können. - Das bei den Landessteuern aufkommensschwache Schleswig-Holstein, das den Bundesdurchschnitt 1962 nur um 64% erreichte, konnte diese Stellung im Jahre 1963 auf 68% verbessern.

Gemeindesteueraufkommen

Die Gemeindesteuern erhöhten sich im Jahre 1963 um 30,5 Mill. DM auf 380 Mill. DM und hatten mit 8,7% eine gleich hohe Zuwachsquote wie die Landessteuern.

Dem Aufkommen für 1963 liegen die kassenmäßigen Einnahmen zugrunde, dem der Vorjahre dagegen das tatsächliche Aufkommen für das jeweilige Jahr nach der Rechnungsstatistik. Die kassenmäßigen Einnahmen liegen im Durchschnitt der letzten Jahre um etwa 2,5 Mill. DM, also um knapp 1% unter dem tatsächlichen Aufkommen; die Zuwachsquote kann also mit 9,4% etwas über der Zunahme des Landessteueraufkommens liegen.

Die wichtigste Steuer, nämlich die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, ist auch wieder die entwicklungsstärkste Steuer gewesen. Sie erreichte 1963 eine Höhe von 241 Mill. DM und somit eine Zuwachsquote von 12%. Damit hat sich die durch die Erhöhung der Freibeträge stark abgeflachte Zuwachsquote wieder normalisiert, und zwar sowohl in den Städten als auch in den Landkreisen.

Mit einer ähnlich hohen Zuwachsquote wie 1963 kann auch in Zukunft bei unveränderter steuerrechtlicher Voraussetzung und bei gleichbleibender Konjunkturlage gerechnet werden.

Das Aufkommen an Gewerbesteuer

	1960	1961	1962	1963
	in Mill. DM			
Kreisfreie Städte	83,5	83,3	85,6	94,6
Kreisangehörige Gemeinden	118,5	128,0	129,5	146,3
	Zunahme in % gegenüber dem Vorjahr			
Kreisfreie Städte	+ 6,1	- 0,3	+ 2,8	+ 10,5
Kreisangehörige Gemeinden	+ 24,1	+ 8,0	+ 1,1	+ 13,0
Zusammen	+ 17,4	+ 4,6	+ 1,8	+ 12,0

Die Lohnsummensteuer erbrachte 1963 25,6 Mill. DM und somit eine Zuwachsquote von 6%. An Grundsteuer B kamen insgesamt 58,1 Mill. DM auf, die Steigerung belief sich demnach nur auf 5%. Das Aufkommen ist geringer als angenommen, das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß in der Stadt Kiel sich das Aufkommen um 130 000 DM gegenüber dem Vorjahr verminderte. Das ist um so unverständlicher, als bei dieser Steuer in der Landeshauptstadt in den zwei Jahren zuvor jeweils 1 Mill. DM mehr aufgekomen war. In allen übrigen kreisfreien Städten und in allen Landkreisen sind 1963 zum Teil kräftige Zunahmen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die steigenden Zuwachsquoten der letzten Jahre ergeben sich aus dem Auslaufen der 10jährigen Steuerbefreiung für den sozialen Wohnungsbau aus dem Jahre 1952. Es dürfte auch in den kommenden Jahren mit Zuwachsquoten zwischen 5% und 10% zu rechnen sein.

Unverändert blieb das Aufkommen an Grundsteuer A mit 28,2 Mill. DM.

Die Gemeindegetränkesteuer hat sich erstmals in ihrem Aufkommen - wenn auch geringfügig - vermindert. 1962 kamen noch 5 986 000 DM,

Gemeindesteuern 1962 und 1963 nach Gemeindegrößenklassen

- DM je Einwohner -

Gemeindegrößenklasse	Gemeindesteuern insgesamt		darunter			
			Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital		Grundsteuer B	
	1962	1963	1962	1963	1962	1963
Kreisangehörige Gemeinden mit ... Einwohnern						
weniger als 2 000	89,2	92,8	39,3	42,8	10,7	11,3
2 000 bis unter 3 000	77,8	85,9	47,3	54,0	15,6	17,0
3 000 " " 5 000	130,4	137,9	98,0	105,4	21,3	21,8
5 000 " " 10 000	123,0	132,2	90,2	98,6	22,8	23,7
10 000 " " 20 000	135,3	147,9	100,2	112,1	25,4	26,2
20 000 " " 50 000	175,9	197,7	134,5	154,8	29,6	30,5
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	118,9	128,3	78,0	86,9	19,1	19,9
Kreisfreie Städte	206,9	223,9	125,6	139,2	34,8	36,2
Landkreise	6,9	7,1	-	-	-	-
Insgesamt	149,4	160,9	91,9	101,9	23,7	24,6

1963 dagegen nur 5 940 000 DM auf; das ist eine Folge des Verzichtes weiterer fünf Gemeinden auf diese Steuer. Sie wird nunmehr nur noch von 125 Gemeinden, und zwar von allen vier kreisfreien Städten, von insgesamt 16 kreisangehörigen Gemeinden über 10 000 Einwohnern, 20 Gemeinden von 5 000 bis 10 000 Einwohnern und 23 Gemeinden von 3 000 bis 5 000 Einwohnern erhoben. Der Rest der erhebenden Gemeinden (27) hat weniger als 3 000 Einwohner. Dort, wo die Getränkesteuer noch erhoben wird, hat sie in ihrem Aufkommen steigende Tendenz. In den vier kreisfreien Städten kamen allein

4,2 Mill. DM an Getränkesteuer auf, die Zuwachsquote belief sich hier auf 2%. In allen kreisangehörigen Gemeinden über 20 000 Einwohner ist ihr Aufkommen um 7,6% gestiegen. In der Gemeindegrößenklasse bis zu 20 000 Einwohner verminderte es sich um 10,5% auf 1,3 Mill. DM, da der Verzicht vieler Gemeinden dieser Größenklasse auf diese Steuer sich stärker auswirkt, als die Aufkommenssteigerung bei den Gemeinden, die diese Steuer noch erheben.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Kurzberichte

Fremdsprachenunterricht an den allgemeinbildenden Schulen 1963

Englisch ist die Fremdsprache, die mit Abstand am weitesten im Schulunterricht der allgemeinbildenden Schulen Schleswig-Holsteins verbreitet ist. Im Mai 1963 wurden fast 136 000 Schüler von Volks-, Mittel- und höheren Schulen in dieser Sprache unterrichtet. Damit lernten 84% aller Schüler der 5. bis 13. Klasse in Schleswig-Holstein Englisch.

Am Französischunterricht waren nur knapp 21 000 Schüler beteiligt, und zwar nicht ganz 10 000 Mittelschüler (hierzu wurden auch die Schüler der Aufbauzüge an den Volksschulen gezählt) und reichlich 11 000 höhere Schüler. Von den Mädchen, die eine Mittelschule besuchen, lernten 41% aller Schülerinnen der 7. bis 10. Klasse Französisch. In den entsprechenden Klassen für Jungen nahmen nur 26% der Schüler am Französischunterricht teil. Auch in den höheren Schulen ist der Anteil bei den Mädchen, die französisch lernen, weit höher als der bei den Jungen. So lernten 1963 an den hiesigen Gymnasien 61% der Mädchen, aber lediglich 37% der Jungen der 7. bis 13. Klasse Französisch.

Der Lateinunterricht ist - abgesehen von einigen Arbeitsgemeinschaften und Klassen an den Mittelschulen - den höheren Schulen vorbehalten. Im Mai 1963 wurden an den Gymnasien des Landes fast 19 000 Schüler in Latein unterrichtet, darunter waren mehr als 11 000 Jungen.

Griechisch wird in den altsprachlichen Gymnasien und Schulzweigen gelehrt. Der

Unterricht beginnt in der Untertertia. Im Mai 1963 waren rund 1 100 Schüler am Griechischunterricht beteiligt, und zwar 900 Jungen und 200 Mädchen.

Im Landesteil Schleswig gibt es Bevölkerungskreise, die Dänisch oder Friesisch als Umgangssprache haben. Eltern, die zur dänischen Minderheit gehören, schicken ihre Kinder in eine dänische Schule. Die dänischen Privatschulen, die dem Dänischen Schulverein unterstehen, wurden 1963 von fast 4 200 Schülern besucht. Unter ihnen waren rund 3 700 Volksschüler, fast 300 Mittelschüler und gut 200 höhere Schüler.

In einigen deutschen Schulen in der Stadt Flensburg sowie in den Landkreisen Flensburg, Husum und Schleswig wird Dänisch als Fremdsprache gelehrt. An diesem Unterricht waren im Mai 1963 rund 540 Volksschüler und gut 300 Mittelschüler beteiligt.

In einigen Schulen auf den Nordseeinseln Sylt, Föhr und Amrum wird Friesisch als Fremdsprache gepflegt. An diesem Unterricht nahmen 1963 rund 70 Schüler teil.

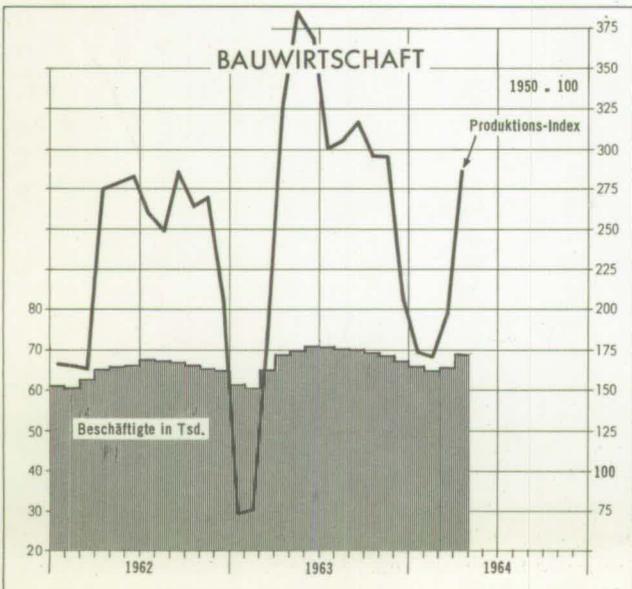
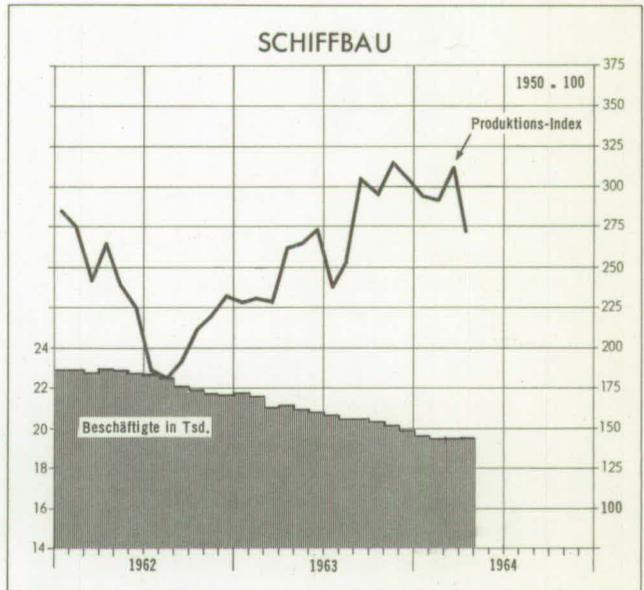
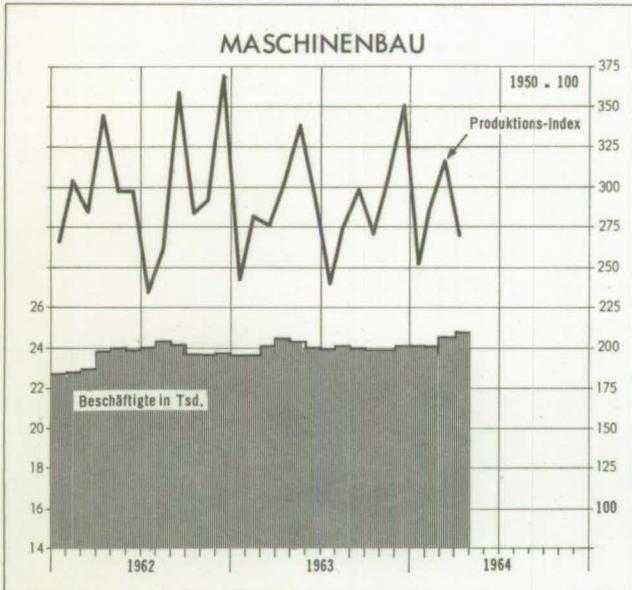
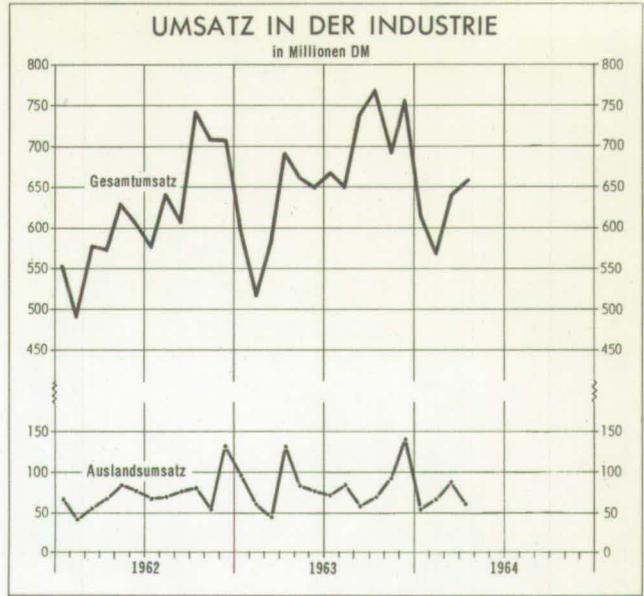
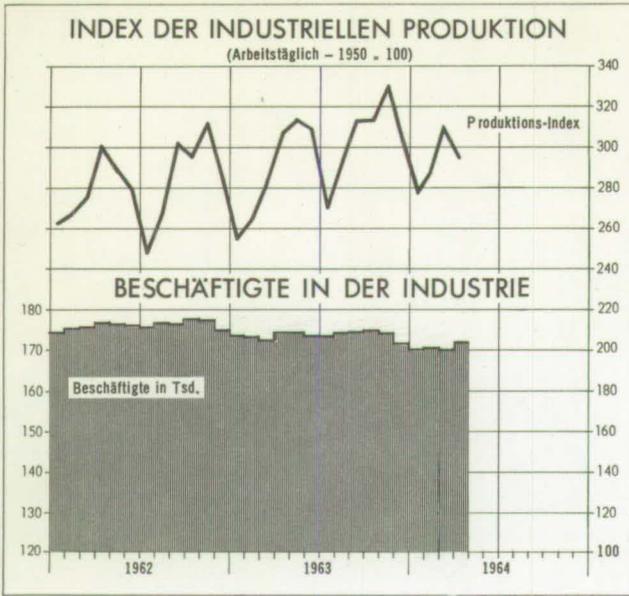
Am Unterricht weiterer Fremdsprachen, die in einigen Schulen gelehrt werden, wie z. B. Spanisch, Russisch und Schwedisch beteiligten sich 1963 nur wenige Schüler der allgemeinbildenden Schulen.

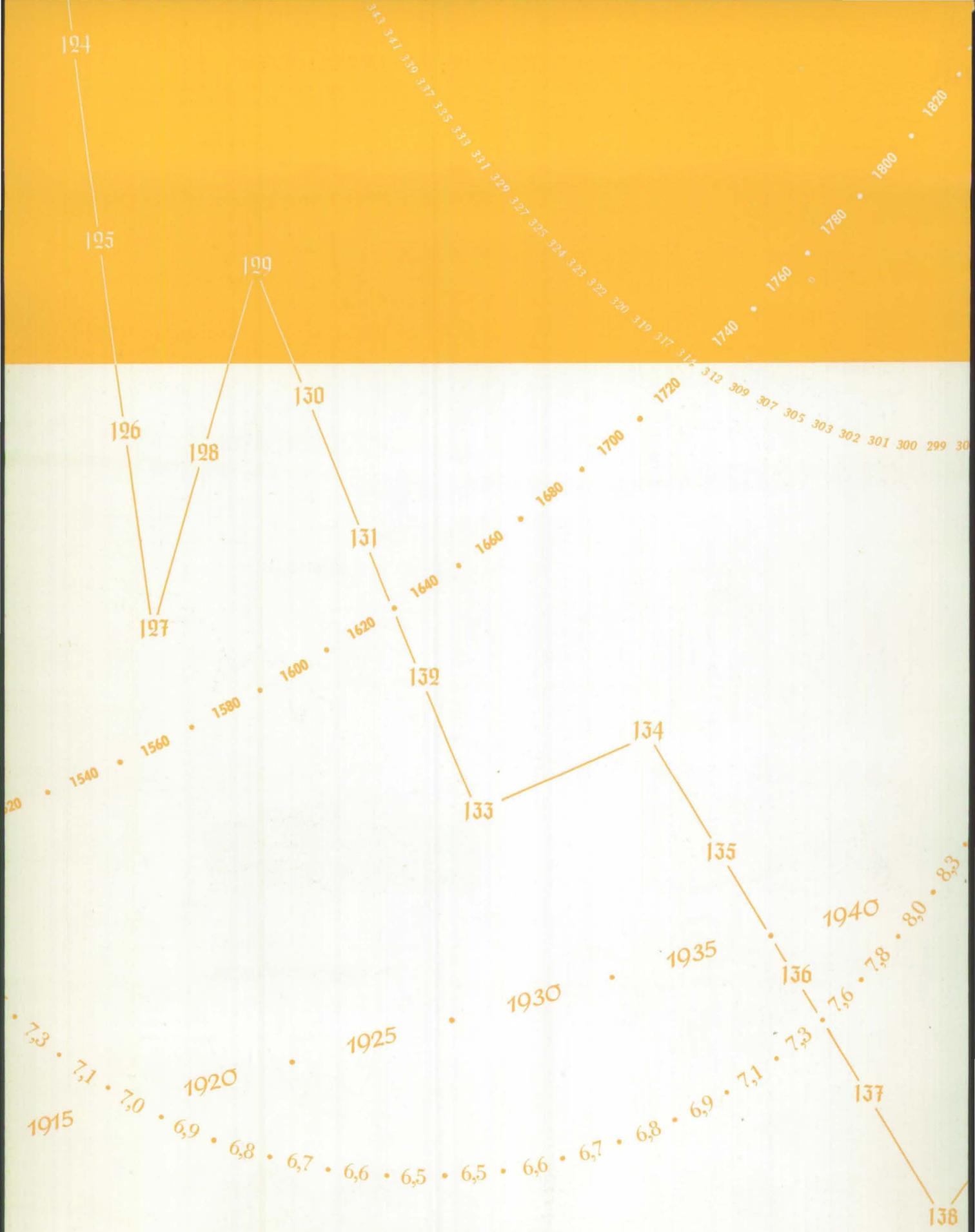
Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Vergleiche auch: "Fremdsprachenunterricht an den allgemeinbildenden Schulen" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 360 (November)

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geborene und Gestorbene); Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte; Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 3602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korsdient
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM. Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke. Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen